Nr. 302 Mittwoch, 28. Dezember 1921 28. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 7.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mk., für einen Monat 8.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelzeile 10.— Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein weiterer Reparationsplan.

Richtlinien der Londoner Konferenz.

Der Londoner Berichterstatter der Frankfurter Zeitung berichtet über das Ergebnis der Londoner Konferenz und macht Angaben über das **Resultat der Besprechungen** zwischen Lloyd George und Briand, die er auf Grund zuverlässiger Informationen erhalten habe. Er berichtet:

„Die beiden Premierminister einigten sich persönlich nicht **nur** in bezug auf das Prinzip, daß die Reparationsfrage als ein Teil des europäischen Wirtschaftsproblems auf friedlichem Wege durch Vereinbarung mit Deutschland und innerhalb der Grenze seiner vernünftig berechneten Zahlungsfähigkeit geregelt werden müsse, sondern es wurde vorbehaltlich der Zustimmung Italiens und Belgiens auch noch folgendes ins Auge gefaßt: Deutschland zahlt anstatt der festen Annuität von zwei Milliarden Goldmark **pro 1922 nur 500 Millionen in bar in Raten bis zum 15. April.** Hierin ist die Goldleistung für die Okkupationsarmee einberechnet. Außerdem haben Sachleistungen wie bisher zu erfolgen. Ferner ist das Wiesbadener Abkommen zu erfüllen, das England im wesentlichen genehmigen wird. Außerdem bleibt die 26prozentige Ausfuhrabgabe bestehen, die unter den Sachleistungen berücksichtigt werden soll. Für die Berechnung des Wertes der Sachleistungen wird ein neuer Wertsatz gelten. Innerhalb der genannten Grenzen, die die Verpflichtungen des gesamten kommenden Jahres regeln, ist die kritische Frage der Januarfälligkeit eingeschlossen. Die Krise würde somit unter zwei Voraussetzungen gelöst sein: 1. Die Vorbedingung ist, daß **der Oberste Rat** der ins Auge gefaßten Regelung zustimmt, **wofür eine Einigung Frankreichs mit Belgien** die Voraussetzung wäre. Bezüglich der Haltung der Pariser politischen Kreise wird die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen gehalten, daß **Briand über die Londoner Abrede stürzen könnte.** Aber trotzdem wird hier ein **Rückfall in das Okkupationsfieber für ausgeschlossen** gehalten. Ueberdies wird von den Franzosen zu beachten sein, daß Frankreich Sachleistungen und Bargeld gewinnen wird. 2. Die zweite wichtigere Voraussetzung ist, daß **Deutschland im Verlauf sehr naher Zukunft sein Haus in Ordnung bringe,** wofür die bereits bekannten Forderungen allein gelten werden, die zunächst eine administrative Einmischung vermeiden. Deutschland hat nach hiesiger kategorischer Auffassung die Möglichkeit, die gesamte Entwicklung durch energische Entschlüsse sicherzustellen, die binnen kürzester Frist zum mindesten programmatisch vorliegen müßten. Die Balancierung des ordentlichen Budgets, die Stillegung der Notenpresse und der Wegfall der Zuschußwirtschaft sind die wichtigsten unter den zahlreichen Reformforderungen."

Lloyd George in Cannes.

Paris, 28. Dezember. (TU.) Lloyd George ist am Dienstagvormittag in Cannes eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich Churchill.

Präsident Havenstein gegen einen Eingriff in die Goldbestände.

Berlin, 28. Dezember. (Berl. Lokal-Anz.) Im Laufe des gestrigen Dienstags fand in der Reichskanzlei eine Chef-Besprechung statt, in der wiederum das Reparationsproblem erörtert wurde. Auch in der Sitzung des Reichskabinetts, das am Abend zusammentrat, stand die gleiche Frage zur Besprechung. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

In Wirtschaftskreisen beurteilt man die Lage nach wie vor nicht sehr **optimistisch.** Man muß bestimmt damit rechnen, daß wir **bis zum 15. Februar 500 Millionen Goldmark** zu bezahlen haben. Daß man bereits der Frage nähergetreten ist, ob es nicht notwendig sei, den **Goldbestand der Reichsbank anzugreifen,** wurde schon mehrfach gemeldet; jedoch spricht sich Reichsbankpräsident **Havenstein gegen eine derartige Maßnahme aus.**

Trostlose Lage der holländischen Industrie.

Amsterdam, 28. Dezember. (Deutsche Allg. Ztg.) Die Zentrale der Fabrikantenverbände der holländischen Industrie aller Gewerbe hat ein Telegramm an den Handelsminister gerichtet und diesen um **dringende Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren aus Ländern mit ungünstiger Valuta ersucht.** Die Verbände bezeichnen die Lage der holländischen Industrie als trostlos.

Eine neue U-Bootformel.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die **Vossische Zeitung** erfährt aus **Washington:** Nach Meldungen der Blätter soll die amerikanische Delegation eine neue U-Bootformel ausarbeiten, die den Bedenken Frankreichs und Japans teilweise Rechnung trägt. Sie sieht für Japan **36 000 Tonnen** und für Frankreich und Italien je **35 000 Tonnen** statt der bisher vorgesehenen **31 000 Tonnen** vor, hält dagegen für die amerikanische und englische **Tonnage** an der Höchstziffer **von 60 000 fest.**

Die Ziele der tschechoslowakischen Politik.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In der Weihnachtsnummer des Czas spricht Ministerpräsident Dr. Benesch über die Ziele der **tschechoslowakischen Innen- und Außenpolitik.** Er sagt, unsere Außenpolitik muß sich in folgender Richtung bewegen. Die **Kleine Entente,** die ganz Mitteleuropa umfaßt, muß **auch wirtschaftlich ausgebaut werden,** nachdem sie politisch bereits gesichert ist. Dieses demokratisch ausgebaute Mitteleuropa wird **eine feste und sichere Position gegen alle politischen und wirtschaftlichen Ereignisse sein, die sich in Deutschland und Rußland abspielen.** Deshalb muß unser ganzes Augenmerk auf folgende zwei Ziele konzentriert sein. **Erstens auf den Aufbau Zentraleuropas in wirtschaftlicher Beziehung** in der Weise, daß unsere Selbständigkeit und Souveränität in keiner Weise berührt werden und daß **wir im Sinne unserer Konstruktionspolitik mit allen denen zusammenarbeiten können,** mit denen uns **unser wirtschaftliches Interesse verbindet. Zweitens** auf die **Sicherung vor den möglichen wirtschaftlichen Kalamitäten, die die Ereignisse in Deutschland und Rußland uns in den Weg legen könnten.** Zur Innenpolitik übergehend, schreibt Dr. Benesch: Wir müssen offen sagen, daß unsere **Innenpolitik** sich bisher **bewußt** und **planmäßig konstruktiv** gezeigt hat. Die erste Bedingung für eine konstruktive Innenpolitik ist eine definitive Wirtschaftsgrundlage des Staates zu schaffen. Praktisch heißt das, vor allem dem Staate durch eine **geschickte Außenhandelspolitik** eine dauernd aktive Bilanz und wirtschaftliche Expansion zu sichern. Unsere **Handelsbilanz** weist im vorigen Geschäftsjahr ein **Aktivum von über 3 Milliarden** auf. Der Ministerpräsident spricht sich dann über das Verhältnis zu den **Deutschen in der tschechoslowakischen Republik** aus. Diese Frage, so schreibt er, ist die delikateste aller Fragen unserer Politik. In der letzten Zeit ist nach anfänglicher Leidenschaftlichkeit des nationalen Kampfes eine gewisse Beruhigung eingetreten. Besonderes im deutschen Lager ist eine Wendung bemerkbar, die aus Kundgebungen einzelner deutscher Politiker und aus den Bekenntnissen parlamentarischer Opposition ersichtlich ist. Eines ist sicher, wir werden zu gemeinsamen Arbeiten und zu einem Einvernehmen kommen.

Neuregelung der deutsch-polnischen Beziehungen.

DA. **Königshütte,** 27. Dezember.

Der Vertreter der Dena hatte eine Unterredung mit dem **polnischen Bevollmächtigten** für die oberschlesischen Verhandlungen, Minister Olszowski. Eingehend äußerte sich der Minister über die Lebensmittelfrage und über ein zukünftiges **deutsch-polnisches Gesamtabkommen.** Er wies auf den **Gegensatz** zwischen der deutschen und polnischen Auffassung über die Bedeutung des Wortes der Genfer Entscheidung **„natürliche Erzeugnisse",** die 15 Jahre lang von Deutschland zollfrei nach Polnisch-Schlesien zu exportieren sind. Würde der Schiedsspruch zugunsten Deutschlands ausfallen, so würde für die polnisch werdende oberschlesische Bevölkerung die Milch- und Fleischbelieferung ausfallen. Ueber ein künftiges deutsch-polnisches Gesamtabkommen sagte der Minister wörtlich: Nach den Verhandlungen über die Genfer Entscheidung werden **große Verhandlungen zwischen der polnischen und deutschen Regierung** einsetzen, um die gesamten Verhältnisse auf eine normale Stufe zu stellen. Vorarbeiten zu diesen Verhandlungen sind schon eingeleitet. **Das Programm ist schon festgestellt und man ist sich darüber zwischen Deutschland und Polen bereits einig.** Das Programm zählt nicht weniger als 23 Probleme auf, die es zwischen Deutschland und Polen zu lösen gilt. Es sind nicht nur Probleme wirtschaftlicher Art. Diese Verhandlungen werden zwischen Berlin und Warschau geführt ohne Beteiligung eines neutralen Schiedsrichters. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis haben und das Gesamtverhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und der polnischen Republik ordnen werden.

Die bisherigen Ergebnisse der Oberschlesien-Verhandlungen.

Warschau, 27. Dezember. (OE.) Aus den Kreisen der **polnischen Oberschlesien-Kommission** wird ein vermutlich vom Kommissionsvorsitzenden Olszowski stammender Rückblick auf die **bisherigen Ergebnisse der Oberschlesien-Verhandlungen** der Presse zugänglich gemacht. In der **Kohlenfrage** herrsche volle Einigkeit; deutscherseits würden keine Garantien für ein bestimmtes Kontingent für Kohlen gefordert. Auch in der **Valutafrage** sei ein deutsches Entgegenkommen zu verzeichnen, da das Gesetz über die Kapitalsflucht für nach Polnisch-Oberschlesien ausgeführtes deutsches Geld gemildert werden soll.

Wie mit Unterstützungsgeldern gewirtschaftet wird.

München, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Von **amerikanischen Kommunisten** wurden, wie wir schon gestern meldeten, 20 000 Mark für die bayrischen Räterepublikaner in der Festung Niederschönefeld gespendet. Der Münchner kommunistische Stadtrat Weigel hatte die **Verteilung der Gelder** übernommen. Hierbei sind **Unregelmäßigkeiten vorgekommen,** wie folgender Beschluß eines Untersuchungsausschusses der KPD. München zeigt: „Der Untersuchungsausschuß ist nach Prüfung des gegen Genossen Weigel vorliegenden Materials zu der Anschauung gekommen, daß der Genosse Weigel **dringend verdächtig** sei, zugunsten **ihm persönlich nahestehender Personen** versucht zu haben, die Spende der amerikanischen Genossen ganz oder teilweise zu sich zu nehmen, um sie nach **eigenem Gutdünken** zu verteilen.

Die Untersuchungskommission beschließt analog dem Beschluß der Bezirksleitung: **der Genosse Weigel hat bis zur vollen Klärung der Angelegenheit jede Funktion innerhalb der Partei niederzulegen, sowie sein Mandat als Stadtrat vorerst nicht auszuüben."**

Allem Anschein nach handelt es sich um den Fall Mühsam, auf den wir bereits in gestriger Nummer hingewiesen haben.

Die Not der Kleinrentner.

Von Aug. Karsten-Peine

Die wirtschaftlichen Folgen des völkermordenden Krieges ziehen immer weitere Kreise ins Elend herab. Nicht nur die Arbeiterschaft und die Sozialrentner leiden heute Not und darben in erschreckender Weise, sondern auch aus den Kreisen des bisherigen Mittelstandes lösen sich immer größer werdende Schichten los und verfallen dem Hunger und der wirtschaftlichen Sorge.

Der sogenannte Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, von dem so viel geredet und geschrieben wird, bereichert die Großkapitalisten, Konjunkturgewinnler, Schieber und Wucherer, aber fast alle übrigen Schichten der Bevölkerung haben vom ganzen Wiederaufbau bis zum heutigen Tage noch weiter nichts zu verspüren bekommen, als eine immer größer werdende Differenz zwischen ihren Einkommen und den Preisen für die Kosten der Lebenshaltung.

Mit der ganzen erdrückenden Schwere senkt sich täglich mehr die Wirtschaftsnot auf den Kreis der Kleinrentner. Der biedere Metzgermeister und der behäbige Bäckermeister, die vor dem Kriege aus ihren Geschäften einige Zehntausende oder auch mehr erübrigt haben, ihre Geschäfte an den „Nagel hängten," das Geld auf die Sparkasse oder eine Bank legten, mit Vorliebe auch Reichs-, Staats- oder Kommunalpapiere kauften und während des Krieges fünfprozentige Kriegsanleihen erwarben, von deren Zinsen sie ihren Lebensunterhalt zu bestreiten gedachten, jene Leute können heute mit ihren drei-, vier- oder fünftausend Mark, oder wenn es hoch kommt, zehntausend Mark Zinsen keineswegs mehr auskommen. Sie müssen notwendigerweise von ihrem Kapital zehren. Jede Kapitalsverminderung aber schmälert die Zinssumme und der Zeitpunkt rückt immer näher, an dem kein Kapital mehr vorhanden sein wird. Bei vielen wird bereits das Kapital aufgebraucht sein und diese Leute stehen vor dem vollständigen Nichts.

So weit es sich dabei um arbeitsfähige Personen handelt, scheidet für uns die Kleinrentnerfrage aus. Sie sollen arbeiten und sich ihren Lebensunterhalt verdienen. Nicht verkennen dürfen wir indes, daß eine sehr erhebliche Zahl von Kleinrentnern arbeitsunfähig ist. In der Regel waren diese Leute schon im gereiften Alter, als sie sich zur „Ruhe" setzten, oft hat auch die Frau nach dem Tode ihres Mannes das Geschäft aufgegeben, um von den Zinsen der Ersparnisse ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Kurzum, wir finden weite Kreise im Lager der Kleinrentner, die arbeitsunfähig sind und aus eigenen Mitteln nicht mehr durchhalten können. Wie groß die Zahl dieser Personen heute ist, wird schwer festzustellen sein, einige Hunderttausende werden sicherlich in Frage kommen.

Die Kleinrentner haben heute, genau so wie die Sozialrentner, ihre Organisation. Die Not und die Unsicherheit ihrer ferneren Existenz hat sie zusammengeschlossen. Und im gleichen Maße, wie die Sozialrentnerorganisation, der **Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands,** versucht der **Rentnerbund** durch Einwirken auf Kommunen, Länder und Reich Hilfe für seine Kreise zu erhalten. Von den Kommunen verlangt man neben Unterstützung billige Lebensmittel und Bedarfsartikel, vom Reich Steuerermäßigung oder Befreiung von denselben und laufende Unterstützungen je nach der Höhe des Einkommens. In vielen Gemeinden wird heute bereits der Kleinrentner unterstützt. Das Reichsarbeitsministerium hat sich 100 Millionen Mark vom Reichstage bewilligen lassen, um eine Hilfsaktion für die Kleinrentner einzuleiten. Die Gelder sollen auf die Kommunen verteilt werden und letztere sowie die Länder müssen sich verpflichten, die gleichen Summen bereitzustellen, die das Reich ihnen gibt.

Unsere Genossen im Reichstage haben der Bewilligung der 100 Millionen zugestimmt. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß wir uns ohne weiteres der Auffassung des Arbeitsministers anschließen und die Art des Vorgehens des Arbeitsministers billigen. Durch die Mitbewilligung haben unsere Genossen lediglich im Prinzip anerkannt, daß auch sie der Not in den Kreisen der Kleinrentner steuern wollen. Ueber die Wege zur Beseitigung der Not dürften die Auffassungen sehr weit auseinandergehen.

Unsere Forderung auf Schaffung eines Reichsfürsorgegesetzes muß gerade bei dieser Gelegenheit erneut sehr scharf betont werden. Das Reichsfürsorgegesetz muß geschaffen werden, damit endlich das traurige Kapitel der mittelalterlichen Armen„pflege" geschlossen werden kann. Dieses Spießrutenlaufen der armen Leute durch die Armenpflege ist das traurigste Kapitel der deutschen „Sozialpolitik". Es entehrt und schändet den Armen in den Augen der herrschenden Gesellschaftsauffassung, es macht das Armsein zu einer Schande für die Armen. Die Reichsfürsorge muß das Recht auf Unterstützung und Hilfe anerkennen und den Armen vom Makel des Armseins befreien. Ansätze der Reichsfürsorge sind bereits gegeben in der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, sowie in der Invalidenversicherung, wenn auch namentlich auf letzterem Gebiete Versicherung und Fürsorge in unhaltbarer Weise miteinander verstrickt sind. Ansätze sind also bereits vorhanden und unsere Forderungen müssen darauf gerichtet

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211228/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

sein, daß in großzügiger Form eine reichsgesetzliche Regelung geschaffen wird.

Hätten wir heute bereits diese gesetzliche Regelung, so wäre es unschwer, die Kleinrentnerfrage entsprechend zu lösen. Das Fehlen der Reichsfürsorge zwang die Kleinrentner bisher der Armenpflege anheimzufallen. Durch die Hilfsaktion des Arbeitsministeriums sollen nun die Kleinrentner aus der Armenpflege herausgenommen werden. Wir dürfen dem nicht rückhaltslos zustimmen. So lange die Sozialrentner noch der Armenpflege anheimfallen — die Fürsorgemaßnahme für die Invalidenrentner mit ihrem lächerlich geringen Existenzminimum löst die Invaliden nicht einmal aus der Armenpflege heraus, — so lange hat der Gesetzgeber kein Recht, Leute, die immerhin noch über Kapital verfügen, durch Sonderunterstützung von der Armenpflege zu befreien. Unsere Partei würde, wenn sie den Maßnahmen der Regierung die Zustimmung geben würde, damit den Kleinrentnern eine bevorzugte Stellung gegenüber den Sozialrentnern einräumen! Dazu besteht für uns nicht die geringste Veranlassung.

Wir müssen aber weiter verlangen und unsere Genossen in den Gemeinden haben vor allem auch dahingehend zu wirken, daß an alle Unterstützungen, die den Kleinrentnern gewährt werden, die Bedingung geknüpft wird, aus dem Nachlaß der Unterstützten für alle geleisteten Unterstützungen Zugriffsmöglichkeit zu erlangen. Es darf nicht eintreten, daß Kleinrentner jahrelang Unterstützung erhalten und ihre Erben bei ihrem Tode den verbleibenden Kapitalrest einheimsen. Oft handelt es sich dabei auch noch um Erben, die sich zu Lebzeiten des Kleinrentners von der Unterstützungspflicht gedrückt haben, vielleicht auch den Verstorbenen nicht einmal kannten.

Unter solchen Voraussetzungen durfte unsere Partei der Hilfsaktion für die Kleinrentner ihre Zustimmung geben. Im Rahmen der bestehenden Gesetze muß der Not auch in diesen Kreisen gesteuert werden. Wir wollen gleichmäßige Hilfe für alle Notleidenden, wir wollen durchgreifende Hilfe und dazu ist die Neugestaltung der Gesetzgebung erforderlich. Keine Sondergesetzgebung für einzelne Kreise, sondern einheitliche reichsgesetzliche Regelung.

Für die Kleinrentner bewahrheitet sich das Sprichwort „Alle Schuld rächt sich auf Erden.“ Gerade in den Kreisen der Kleinrentner fanden wir während des Krieges das widerlichste Durchhaltertum, in diesen Kreisen war die nationalistische Phrase tonangebend. Sie sind von der Politik, die sie während des Krieges getrieben und unterstützt haben, heute an die Wand gedrückt. Aber nicht nur das. Bei der Schaffung der Sozialversicherung wurde gerade von unseren Genossen damals verlangt und beantragt, die Gewerbetreibenden und den Kleinhandelsstand mit in die Versicherung einzubeziehen. Aber davon wollte man nichts wissen und die Standesvertretungen, die Innungsorganisationen, Handels- und Handwerkerkammern liefen immer Sturm gegen solche Anträge. Die politischen Vertretungen des Handels und des Gewerbes, die bürgerlichen Parteien, stimmten alle die Anträge nieder, die die Sozialversicherung auf diese Kreise erstrecken wollten. Nur nicht mit dem Proletariat in eine Versicherung! Die „Gleichmacherei“ im Gesetz war ja entehrend und verletzte das Standesbewußtsein. Und die wirtschaftlichen, wie die politischen Vertretungen von Handel und Gewerbe waren es und sind es heute noch, die jeden Fortschritt in der Sozialgesetzgebung bekämpften. Diese Kreise sind schuld daran, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands auch der Zusammenbruch der Existenz vieler Kleinrentner ist. Die Kleinrentner sollten sich darauf besinnen, und endlich aufhören, den bürgerlichen Parteien nachzulaufen. Die Politik der bürgerlichen Parteien, vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege ist auch schuld an dem Elend der Kleinrentner. Den Kleinrentnern kann nur geholfen werden, wenn sie sich in die Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stellen und mit dafür Sorge tragen, daß in großzügiger Weise die Reichsgesetzgebung eingreift, um der Not zu steuern, die nicht nur in ihren Reihen, sondern in weiten Kreisen der Minderbemittelten täglicher Gast ist. Die notleidenden Kleinrentner müssen Solidarität üben mit allen Notleidenden, um so leichter wird der harte Kampf sein, den wir führen gegen den Hunger und gegen das Elend.

Der russische Kurs.

Am 23. Dezember ist in Moskau der allrussische Rätekongreß eröffnet worden. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Rechenschaftsbericht des Allrussischen Räte-Vollzugsausschusses und des Rates der Volkskommissare über die Innen- und Außenpolitik der Republik; 2. Bericht über die Hilfsaktion für die Hungernden; 3. Vorläufige Ergebnisse der neuen Wirtschaftspolitik; 4. Lage der Industrie; 5. Reorganisation und Hebung der Landwirtschaft, insbesondere in den von der Hungersnot und Dürre heimgesuchten Gouvernements; 6 Finanzen; 7. Genossenschaftswesen und einschlägige Gesetzgebung; 8. Bericht über die internationale Lage, 9. Wahlen und anderes.

Ueber die Verhandlungen liegen bis jetzt nur kümmerliche Berichte — selbst in kommunistischen Blättern — vor. Nach dem Daily Telegraph sind besondere Maßnahmen getroffen worden, um zu verhüten, daß irgendwelche Informationen über den 9. Sowjetkongreß durchsickerten. Jedes Mitglied des Kongresses mußte einen besonderen Ausweis besitzen, und die Sekretäre und Stenographen wurden einer strengen Kontrolle unterzogen.

Diese Meldung scheint aber falsch zu sein, denn wenn die Sowjetregierung auch dafür sorgt, daß nur ihr genehme Berichte und Nachrichten hinausgehen, so ist sie doch nicht so töricht, alle Nachrichten zu verhindern. Das wird auch durch die vorliegenden Meldungen bestätigt. Wenn man ihnen trauen darf, so fällt vor allem der höfliche und achtungsvolle Ton auf, den die Sowjetgewaltigen gegen die westeuropäischen kapitalistischen Regierungen anschlagen, was allerdings schon seit einiger Zeit zu bemerken ist. Spricht doch Lenin schon von seinem Freund Churchill. Die westeuropäischen Kapitalisten haben den russischen Bären offenbar schon etwas gezähmt.

Die Beziehungen der kommunistischen russischen Regierung zur kapitalistischen englischen scheinen überhaupt so zu sein, daß sie zwischen beiden Ländern zu einem Einvernehmen führen. So wollen die Times wissen, daß **Lloyd George und Briand grundsätzlich beschlossen haben,** Besprechungen mit der Sowjetregierung aufzunehmen. Der Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin und sein Mitarbeiter Litwinoff, würden zu diesem Zweck für die ersten Monate nächsten Jahres nach London eingeladen werden. Der 8. Februar werde als wahrscheinliches Datum für den Beginn der Besprechungen angenommen.

Von besonderem Interesse ist, was der Sonderberichterstatter des Observer aus der Begrüßungsrede Lenins mitzuteilen weiß, danach soll Lenin die Kommunisten mit bitterem Sarkasmus wegen ihrer Ansicht angegriffen haben, daß es noch möglich sei, **das Wirtschaftsproblem durch die Methoden des Bürgerkrieges und kommunistischer Abgeschlossenheit zu lösen. Rußland sei arm, erschöpft und schwach, es werde aber nicht dulden, daß seine Friedfertigkeit zum Zwecke des Angriffs benutzt werde;** das sollten sich Finnland, Polen und Rumänien gesagt sein lassen. Großes Aufsehen erregte die Erklärung Lenins, **daß die Regierung vor den Sowjetkongreß trete mit dem endgültigen Ersuchen, die Befugnisse der außerordentlichen Kommission drastisch zu beschränken.** Der ursprüngliche Zweck dieser Kommission sei unvereinbar mit der neuen Wirtschaftspolitik und müsse den neuen Zeiten und der neuen Politik angepaßt werden.

Die Groenersche Unfähigkeit.

Die Nachrichten über die völlige Verschlechterung des Eisenbahnverkehrs, besonders aber des Güterverkehrs, mehren sich in so beängstigender Weise, daß von einem Verkehrszusammenbruch gesprochen werden muß. Natürlich benutzt die freche Unternehmerclique die Gelegenheit, um gegen den Achtstundentag Sturm zu laufen. Die sächsischen Handelskammern weisen in einer Eingabe an das Reichsverkehrsministerium auf das völlige Versagen des Güterverkehrs in Sachsen hin, das die Einschränkung oder gar Stillegung des Wirtschaftslebens in Sachsen befürchten lasse. Kohlen seien trotz Rückgangs der Förderung und trotz des Ausfalls von Oberschlesien ausreichend vorhanden; denn die Lager seien überall gefüllt und den Brikettpressen drohe der Stillstand. Aber wenn z. B. dem Braunkohlenbergbau statt der verlangten 1300 Waggons pro Tag **nur 500 gestellt würden,** dann müsse naturgemäß die Industrie in ihrem Weiterbetrieb gefährdet werden, wie das im Bezirk der Handelskammer Plauen infolge der Einschränkung der Stromabgabe seitens des städtischen Elektrizitätswerks bereits Tatsache geworden sei und für den Chemnitzer Bezirk wegen Kohlenmangels ganz allgemein erwartet werden müsse.

Dann gehts in dem Schreiben gegen den Achtstundentag also los:

„Neben der sofortigen Hebung der Wagengestellung für Sachsen forderten die Kammern, um eine dauernde Besserung herbeizuführen, **Stärkung der Disziplin** und des Arbeitswillens der Bahnangestellten und die Beseitigung der Demobilmachungsvorschriften über die Einstellung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern, **sowie eine Anpassung des Achtstundentags an die besonderen im Verkehrswesen hervortretenden Verhältnisse, damit eine bessere Ausnützung der Arbeitskraft Platz greifen könne.**“

Das ist für die Unternehmer des Pudels Kern: Der Achtstundentag muß beseitigt, die Arbeitskraft muß mehr ausgenützt werden.

Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 27. Dezember. Die Kammer hat die Vertrauenstagesordnung Outrey mit 355 gegen 117 Stimmen angenommen.

Die französische Kammer hat sich keinerlei Weihnachtsferien gegönnt. Gleich nach der Rückkehr Briands von London interpellierte der Abgeordnete Klotz, der Finanzminister unter Clemenceau, den Ministerpräsidenten über die Verhandlungen in London. Er wollte die Frage beantwortet wissen, ob in Zukunft **die Deutschen oder die Franzosen mehr Steuern bezahlen sollten.** Briand verhielt sich in seiner Antwort sehr reserviert und erklärte, **die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien sei so eng wie niemals.** Es müsse zur Ehre von Lloyd George anerkannt werden, daß er die **besondere Lage Frankreichs** zu schätzen wisse. Es sei keine Rede davon gewesen, **den Friedensvertrag von Versailles oder den Zahlungsplan abzuändern.** Sodann kam es zu scharfen Auseinandersetzungen wegen des Zusammenbruches **der Bank von China,** in dessen Verlauf der Generalsekretär im französischen Auswärtigen Amt, Berthelot, sein Amt niederlegte. Berthelot hatte seine Stellung als Ministerialbeamter benutzt, um seinen Bruder, der Direktor der zusammengebrochenen Bank war, Erleichterungen zu verschaffen. Briand kündigte an, daß er bestrebt sei, derartige Einwirkungen zu unterbinden und erklärte, daß er von dem Vorgehen Berthelots ununterrichtet gewesen sei. Sodann wurde das Vertrauensvotum mit der oben genannten Stimmenzahl angenommen.

Friesland, Braß, Malzahn kaltgestellt.

Berlin, 28. Dezember. (WTB.) Wie die Rote Fahne mitteilt, hat die Zentrale der KPD. einstimmig beschlossen, Friesland seiner **Funktion als Zentralmitglied,** Braß und Malzahn, die gemeinsam mit Friesland einen Aufruf an die Parteimitglieder unterzeichnet haben, in dem die Parteipolitik einer scharfen Kritik unterzogen wird, **ihrer Parteifunktionen bis zur Tagung des Parteiausschusses zu entheben.**

Bald wird alles „enthoben“ sein. Dann thront die Zentrale der KPD. einsam in luftiger Höhe und wird sich mit keinen „Renegaten“ weiterhin zu beschäftigen brauchen.

Sacco und Vandretti sollen gemordet werden

Massachussets, 27. Dez. (TU.) Vor dem Berufungsgericht wurde die im Prozeß Sacco und Vandretti eingelegte Revision verworfen. Es handelt sich um die beiden italienischen Kommunisten, deren Verurteilung zum Tode seinerzeit in den Kreisen der Arbeiterschaft der ganzen Welt großes Aufsehen hervorgerufen hatte, da es sich um einen offenkundigen Justizmord handelte.

Der neue Kurs in Ungarn.

Ueber die von dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen beabsichtigte **Verständigung mit den Sozialdemokraten** berichtet die „Intel“ aus Budapest: Die zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen und einigen Führern der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei geführten Verhandlungen haben **zu einer Verständigung geführt.** Ob ein formelles Abkommen geschlossen wurde, und welches sein Inhalt ist, geht aus den bisherigen Bekanntmachungen nicht hervor. Als Ergebnis der Verhandlungen können bisher nur einige Regierungsverordnungen gelten, durch die **mehrere Ausnahmeverfügungen teilweise gemildert** werden. Ueber die Zusagen, die von den ungarischen Sozialdemokraten Bethlen gemacht worden sind, ist gleichfalls nichts bekannt. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte einem Mitarbeiter des Magyar Orszag: Es war eine **historische Notwendigkeit, daß die Regierung mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Verhandlungen führte** und auf Grund derselben **eine Vereinbarung abschloß.** Es ist möglich geworden, das Mißverständnis zu beseitigen, das das Verhältnis zwischen einem Teil der Arbeiterschaft und den übrigen Klassen der Gesellschaft sehr zugespitzt hatte. Ich erwarte von dieser Vereinbarung in erster Linie eine Steigerung der Produktion, die die sicherste Stütze unsres nationalen Lebens ist. Ich erwarte ferner, daß die innerpolitischen Verhältnisse eine Umgestaltung erfahren werden, die die notwendige und wünschenswerte Harmonie schafft. **Eine Regierungsverordnung verfügt die Aufhebung des beschleunigten Strafverfahrens** und stellt die Gültigkeit der **gewöhnlichen** Strafprozeßordnung in sämtlichen Strafverfahren wieder her. Nach einer andern Regierungsverordnung wird das **Verbot der Abhaltung politischer Volksversammlungen aufgehoben. Die Polizeiaufsicht und der Genehmigungszwang für politische Versammlungen bleiben bestehen.** Die Verordnungen treten sofort in Kraft.

*

Budapest, 27. Dezember. (WTB.) Infolge des **Amnestieerlasses** sind bisher **926 Personen freigelassen worden.** Die Prüfung der Angelegenheiten der der Amnestie würdigen Personen wird fortgesetzt.

Die sozialdemokratische Nepszava schreibt zu dem Amnestieerlaß: Unsre Partei und die Gewerkschaftsbewegung steht **vor einer neuen Epoche. Die Verhandlungen mit der Regierung waren erfolgreich.** Den Klagen wird abgeholfen werden. Eine allgemeine Entspannung wird erfolgen. **Infolge des Amnestieerlasses werden Tausende von politischen Verurteilten befreit.** Die Internierung und die Polizeiaufsicht werden vollständig abgeschafft. Bald wird sich kein einziger politischer Verurteilter in Gefangenschaft befinden. Dies ist mehr als Amnestie. Dies ist ein notwendiger politischer und sozialer Heilungsprozeß. Wir fordern alle Genossen zur Mitwirkung an der Arbeit des Wiederaufbaus auf, da wirkliche Arbeit eher not tut als schöne Phrasen.

Freilassung der ungarischen Putschisten.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die **Vossische Zeitung** erfährt aus Budapest: Der Untersuchungsrichter hat die Freilassung des im Zusammenhang mit dem **Königsputsch** verhafteten Abgeordneten Benitzki angeordnet und sogleich entschieden, daß keinerlei Grund für die Einleitung einer Untersuchung gegen Benitzki vorliege. Benitzki wird heute mittag auf freien Fuß gesetzt. Interessant ist die Begründung der Entscheidung, in der festgestellt wird, **daß der Exkönig das Recht gehabt habe, nach Ungarn zu kommen** und so könne den Männern, die sich ihm zur Verfügung gestellt haben, **keinerlei strafbare Handlung nachgewiesen werden.** Nur diejenigen seien wegen Verbrechens des Aufruhrs zur Verantwortung zu ziehen, die **unabhängig vom König Gewaltmaßnahmen gegen die Regierung anwenden sollten.** Die während des Königsputsches verhafteten Offiziere, auch Oberleutnant Ostenburg, werden **gleichfalls wieder in Freiheit gesetzt.**

Kongreß der französischen Kommunisten.

Paris, 26. Dezember. Gestern wurde in Marseille der Kongreß der französischen Kommunisten durch Frossard, dem Generalsekretär der Partei, eröffnet. Vadina und Marty, die „Helden des Schwarzen Meeres“ werden zu Ehrenpräsidenten gewählt. Zu Beginn der Sitzung wird ein Brief der Matrosen verlesen, die an dem Aufstand vom Schwarzen Meer beteiligt waren. Der Brief wird mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Tagesordnung des Kongresses lautet: 1. Berichte, 2. Das Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften, 3. Die Agrarfrage, 4. Die nationale Verteidigung und der Ministerialismus 5. Die Wahltaktik, 6. Die Organisation der Frauen, 7. Partei und die Genossenschaften, 8. Wahl der Geschäftsleitung. Zum Schluß der Eröffnungssitzung sandte der Kongreß an die französischen Emigranten in Rußland, Sadoul usw. seine brüderlichen Grüße. Eine andere Entschließung erklärt, daß die französische Arbeiterklasse den Boykott spanischer Produkte solange fortsetzen werde, bis der spanische Kapitalismus seine mörderische Politik gegenüber der Arbeiterklasse aufgegeben habe.

Die Unruhen in Aegypten.

Ueber die Unruhen in Aegypten liegen jetzt eingehendere Meldungen vor. Danach haben Studenten die Regierungsgebäude in Gisa, einer Vorstadt von Kairo, angegriffen. In Kairo sind fast alle Schulen geschlossen und eine **größere Anzahl von Regierungsbeamten in den Streik getreten.** Aus Alexandrien werden Zusammenstöße von Demonstranten mit der Polizei gemeldet, die ohne ernstere Folgen geblieben sind. In Zifta feuerten ägyptische Truppen auf die Volksmenge, sie **töteten eine Person und verwundeten zwei.** Weitere Unruhen gab es in Port Said, wo **zwei Personen getötet und drei verwundet** wurden. In Tantah zerstreute die Polizei eine von Frauen geführte Demonstration.

Zaglul Pascha, der auf Anweisung der Regierung aus Kairo ausgewiesen und nach Suez gebracht wurde, befindet sich unter strenger militärischer Bewachung, bis über das endgültige Schicksal des ägyptischen Nationalistenführers die Entscheidung gefällt wird.

Das englische Auswärtige Amt veröffentlicht eine Mitteilung mit der **Liste der Opfer** der Unruhen in Kairo. Danach wurden **11 Aegypter getötet und 40 verwundet.** Engländer befinden sich nicht unter den Opfern. Die Ruhe in Kairo ist nach der amtlichen Mitteilung noch nicht völlig wieder hergestellt. Nach einer Blättermeldung soll sich unter den bei den Unruhen Getöteten der Professor Orth, der früher viel genannte, auf geheimnisvolle Weise verschwundene ehemalige österreichische Erzherzog befinden.

Demonstration der Aegypter in Berlin.

Berlin, 27. Dezember. (T.-U.) Am heutigen Dienstag, nachmittags, **demonstrierte die ägyptische Kolonie Deutschlands** mit etwa dreißig gemieteten Pferdedroschken **vor der englischen Botschaft in Berlin.** Die Insassen riefen: „Nieder mit England!“ „Aegypten soll frei bleiben!“ Nach etwa fünf Minuten fuhren sie in Richtung Leipziger Straße weiter. Die Demonstranten trugen die türkische Nationalflagge mit Halbmond und verteilten Zettel mit der Aufschrift: „Aegyptens Aufruf für seine Befreiung vom englischen Joch!“ Eine halbe Stunde später bewegte sich ein gleicher Zug mit etwa 25 Droschken Unter den Linden in Richtung Friedrichstraße unter Hochrufen auf Aegypten.

Deutschland.

Freilassung wegen des März-Putsches Verurteilter.

Wie der Vorwärts mitteilt, beträgt die Zahl der auf Wunsch des Reichspräsidenten freigelassenen Märzopfer 268. Alle Gefangenen, die zu Gefängnisstrafen von weniger als einem Jahre verurteilt worden sind, wurden auf telegraphische Anweisung des Reichsjustizministers entlassen.

Aus der Haft entlassen.

Berlin, 28. Dezember. (WTB.) Im Sommer dieses Jahres wurde von der Staatsanwaltschaft der Leutnant Kroll in Haft genommen. Er stand dringend in dem Verdachte, **an der Ermordung der Frau Rosa Luxemburg** teilgenommen zu haben. Der Verdacht gründete sich vor allem darauf, daß Kroll sich **im Besitze einer goldenen Damenuhr befunden hatte, die der Genossin Luxemburg** gehört hatte. Wie die **Freiheit** und die **Rote Fahne** jetzt mitteilen, ist Kroll aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen ihn soll eingestellt worden sein.

* * *

Ruth Fischer wieder freigelassen. Wie die Berliner Blätter melden, ist die kommunistische Agitatorin Ruth Fischer bis zur Verhandlung gegen Kaution aus der Haft entlassen worden, unter der Bedingung, sich in einer bestimmten Wohnung aufzuhalten.

Kein billiger Mais für Brennereien. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die vom Verwertungsverbande deutscher Spiritusfabrikanten angeregte Belieferung von verbilligtem Mais, um die Brennereien in Betrieb zu halten, abgelehnt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211228/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vor dem Parteitag.

München.

In zwei Mitgliederversammlungen beschäftigte sich die USP. München mit dem Parteitag in Leipzig. Ihren Niederschlag fanden die Debatten in der folgenden, von einer Redaktionskommission formulierten Resolution:

„Die Mitgliedschaft München unterbreitet dem Deutschen Parteitag folgenden Antrag:

Der Parteitag spricht der Reichstagsfraktion und dem Zentralkomitee das Vertrauen aus.

Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie in allen Fragen den Klassenkampfstandpunkt vertritt.

Als nächste der Verelendung der Arbeiterklasse entgegenwirkende und die Republik schützende Forderung erklärt der Parteitag:

1. Weitgehende Erfassung der Sachwerte.
2. Einziehung der fälligen Besitzsteuern.
3. Sozialisierung aller Bodenschätze und der dazu reifen Industrien.
4. Amnestie für politische Gefangene.
5. Säuberung der Staatsverwaltung, namentlich der Kultusministerien und der Justiz von reaktionären, monarchistischen Beamten.
6. Durchführung des Verbots von Selbstschutzverbänden, Säuberung der Reichswehr und der Polizeitruppen von reaktionären Elementen.
7. Bekämpfung aller separatistischen und partikularistischen Bestrebungen.

Die Möglichkeit der Durchführung dieser Mindestforderungen sieht der Parteitag in dem schärfsten Kampf innerhalb und außerhalb des Parlaments, gegebenenfalls in der Bildung einer sozialistischen Regierung.

Dazu bedarf es der geschlossenen Front der deutschen Arbeiterschaft. Die Parteileitung wird beauftragt, alles in die Wege zu leiten, um eine einheitliche Kampffront der deutschen Arbeiterklasse herzustellen.

Niederrheinischer Bezirksparteitag.

Auf dem in Düsseldorf tagenden Bezirksparteitag des Bezirks Niederrhein bildete neben der Entgegennahme der Berichte über den Stand der Organisation in den einzelnen Orten die grundlegende Beratung eines Organisationsstatuts für den Bezirk ein wichtiger Punkt der Tagesordnung. Das Statut soll die Grundlage für die nach dem allgemeinen Parteitag zu errichtende Landesorganisation Rheinland-Westfalen werden. Es wurde nach einigen kleinen Aenderungen, die im Laufe der Diskussion begründet wurden, gegen eine Stimme nach dem Vorschlage der Bezirksleitung angenommen. Zur Hebung der finanziellen Lage wurde eine Beitragserhöhung ab 1. Jan. 1922 beschlossen, wonach für männliche Mitglieder monatlich **5 Mk.** und für weibliche **2 Mk.** Beitrag erhoben werden soll. Außerdem wurde für Dezember die Erhebung eines doppelten Monatsbeitrags beschlossen. Mit der Annahme dieser Anträge zeigte der Bezirksparteitag, daß er die Parteibewegung des Bezirks auch finanziell auf eine gesunde Grundlage stellen will.

Einen großen Teil der Tagung nahm die Besprechung des allgemeinen Parteitags in Leipzig in Anspruch. Im einleitenden Referat behandelte Genosse Berten-Düsseldorf die allgemeine politische Lage und die Stellung unsrer Partei zur Regierungsbildung. Ein Antrag, der gegen die Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien Stellung nimmt, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die große Mehrheit sprach sich auch für die Beibehaltung der Kämpferin in ihrer bisherigen Gestaltung aus.

Ein Antrag auf Einberufung eines allgemeinen Arbeitertages zum Zweck der Zusammenfassung aller politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen wurde, wegen der Aussichtslosigkeit auf einen Erfolg der Tagung, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Frage der Umgestaltung des Parteiprogramms wurde beleuchtet und in der Stellungnahme dazu betont, daß die grundsätzliche theoretische Grundlage des Erfurter Programms nicht aufgegeben werden soll, sondern zu erweitern ist auf die Erscheinungen, die das konzentrierte Finanzkapital auslöst. Die Haltung der Fraktionen in den Parlamenten wurde gebilligt.

Bezirk Plauen.

Am 18. Dezember tagte in Zwickau ein außerordentlicher Bezirksparteitag der USP. vom Bezirk Plauen-Zwickau. Er war von 100 Delegierten besucht und beschäftigte sich mit „Unsern Aufgaben", der Jugendbewegung und der Erhöhung der Beiträge. Nach einem Referat des Genossen Bielig wurde gegen eine Stimme beschlossen, dem Bezirk der Sozialistischen Proletarier-Jugend künftig **2 Prozent von den der Bezirkskasse** zufließenden Mitgliedsbeiträgen zu überweisen. Desgleichen wurden die Ortsgruppen verpflichtet, zwei Exemplare des Jungen Kämpfers, die durch das Bezirkssekretariat versandt werden, zu halten.

Genosse Puchta begründete die Notwendigkeit der Beitragserhöhung. Er wies darauf hin, daß die USP. in unserm Bezirk ein festgefügtes Gebäude ist. Er hofft, daß es der Mitarbeit unsrer Genossen gelingen möge, trotz der Beitragserhöhung die Mitgliederzahl weiter aufwärts zu treiben. Nach längerer Aussprache wurden die Beiträge für weibliche und männliche Mitglieder auf wöchentlich 1 Mk. festgesetzt. Das Obligatorium der Kämpferin wird beibehalten. Der Wahlfondsbeitrag wurde von 50 Pfg. auf 1 Mk. pro Vierteljahr erhöht.

Genosse Künstler vom Zentralkomitee entrollte in seinem Referat ein Bild der weltpolitischen Lage und zeichnete ein klares Bild von den Aufgaben der USP. Seine Ausführungen wurden von dem Bezirksparteitage mit Beifall aufgenommen. — Die gefaßten Beschlüsse zeigen, daß der Bezirksparteitag von dem Bestreben beseelt war, der Partei alle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Partei schlagfertig zu erhalten.

Nürnberg.

In einer sehr gut besuchten Versammlung der Obleute, Vertrauensleute, Betriebsräte und sonstigen Funktionäre der USP. Nürnberg fand nach ausgedehnter Debatte die folgende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die Funktionäre der USP. Nürnbergs beauftragen ihre Delegierten zum Parteitag in Leipzig, den Antrag der Bremer Genossen zu unterstützen, der eine besondere Schulung der Arbeiterschaft über ökonomische und weltpolitische Fragen verlangt. Vom Parteitag selbst erwarten sie, daß er erneut den **Klassenkampfstandpunkt** der Partei scharf betont und sich ebenso scharf gegen eine Beteiligung an **Koalitionsregierungen** mit bürgerlichen Parteien ausspricht. Ferner erwarten die Nürnberger Funktionäre der Partei vom Parteitag, daß er auch zu den **Steuerfragen** eine klare und deutliche Stellung einnehme und insbesondere die strikte **Ablehnung aller indirekten** und Verbrauchssteuern von seinen parlamentarischen Vertretern verlangen muß. Der Parteitag muß weiter nachdrücklich die endliche Befreiung der Opfer **bürgerlicher Klassenjustiz** fordern. Schließlich muß er klar aussprechen, daß die Einigung des Proletariats nur dann möglich ist, wenn sich alle proletarischen Parteien konsequent auf den Boden des Klassenkampfes stellen."

Taubstummen-Parteibund Berlin.

Die Taubstummengenossen und -genossinnen des Bezirks Groß-Berlins der USP., Abteilung des Parteibundes Deutschlands, haben sich in einer Versammlung mit dem kommenden Leipziger Parteitag beschäftigt. Im einleitenden Referat behandelte Genosse Golnick zunächst die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage der Taubstummen und dann die Gesamtlage. Er kam dann auf die Stellung unsrer Partei zur Regierungsbildung zu sprechen. Einstimmig wurde die Taktik der USPD. gebilligt und dabei der Wunsch ausgedrückt, daß mehr als bisher die geistige Aufklärung der Taubstummen im Sinne der USPD. geschehen und mit aller Energie die Interessen der arbeitenden Taubstummen in allen gesetzgeberischen Körperschaften vertreten werden. Die Taubstummen erwarten vom Leipziger Parteitage, daß er ihnen wie der gesamten Arbeiterschaft die geistigen Mittel in die Hand gibt, um der weiteren Verelendung entgegenzuwirken und damit die abstumpfende Not und den Indifferentismus unter den Taubstummen zu beseitigen. Die bürgerliche Gesellschaft hat die Taubstummen jahrelang zu Menschen minderen Rechtes degradiert und die Massen des Volkes überhaupt über das Wesen der Taubstummen falsch informiert.

Die Taubstummen erwarten von der USP., daß sie, getreu ihrer bisherigen Taktik, in keine Koalitionsregierung mit Bürgerlichen eintritt, weil ein solcher Schritt eine Verleugnung ihres Klassenkampfcharakters wäre.

Gewerkschaftsbewegung.

14. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tagte vom 13. bis 17. Dezember. Es war eine ganz besonders umfangreiche Tagesordnung zu erledigen.

Graßmann teilte unter anderem mit, daß der Vorstand sich genötigt gesehen habe, den Genossen Kunze als weiteren Sekretär anzustellen, und daß ferner in Aussicht genommen sei, Hermann Müller in die Redaktion des Korrespondenzblattes aufzunehmen.

Umbreit berichtete über die Errichtung einer Pensionskasse für Gewerkschaftsangestellte. Der Ausschuß schlägt vor, eine Ruhegehaltskasse mit Unfallversicherung zu gründen, aus der auch die unbesoldeten Gewerkschaftsfunktionäre entschädigt werden sollen, wenn sie bei Ausübung ihrer Gewerkschaftstätigkeit zu Schaden kommen und aus welcher ferner Sterbegeld gezahlt werden soll.

Dann wurde die Anstellung eines Jugendsekretärs beschlossen.

Zur Arbeitslosenfrage berichtete Spliedt, daß die Regierung beabsichtige, einen **Entwurf zu einem Notgesetz** einzubringen, wonach **jeder beschäftigte Arbeiter wöchentlich 1 Mk. Beitrag zu einer Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit** zahlen soll. Ferner sollen die Unternehmer für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter wöchentlich 1 Mk. zahlen und eine dritte Mark soll das Reich zuschießen. Sodann soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, dessen Inkrafttreten sechs Monate später als der Beginn der Beitragsleistung gedacht ist. Der Ausschuß beschloß zunächst gegen drei Stimmen grundsätzlich seine Zustimmung zu einer Arbeitslosenversicherung. Ferner erklärte er sich in seiner Mehrheit für **Selbstverwaltung und Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Hausangestellten.**

Zur Gründung einer Genossenschaftsbank wurde zum Ausdruck gebracht, daß es besser ist, wenn die Bank gemeinsam mit den Genossenschaften errichtet werde. Darüber sei noch weiter zu verhandeln.

Einem Antrag des Bundesvorstandes, während der ersten beiden Vierteljahre des Jahres 1922 für jedes Mitglied einen Extrabeitrag von 20 Pfg. an die Bundeskasse zu leisten, stimmte der Ausschuß gegen eine Stimme zu.

Die Gewerkschaftsstatistik soll ausgebaut und vereinfacht werden.

Die vom Vorstand des ADGB. und des Afa-Bundes aufgestellten 10 Punkte zur Steuerfrage usw. wurden gutgeheißen. (Es scheint uns aber sehr notwendig zu sein zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese Forderungen auch durchzusetzen. Mit papiernen Resolutionen ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Die Red. d. L. V.)

Dann wurde über die Stellung des ADGB. zum Deutschen Beamtenbund und zum Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes und zur Schlichtungsordnung Stellung genommen. Wir berichten darüber an andrer Stelle.

Auf Vorschlag des Genossen Dißmann beschloß der Ausschuß, dem Gewerkschaftskongreß eine Vorlage zu unterbreiten, wonach Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl 500 000 übersteigt, berechtigt sind, zu dem Bundesausschuß einen weiteren Vertreter zu entsenden. Ebenfalls auf Vorschlag Dißmanns wurde beschlossen, dem deutschen Metallarbeiterverband bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß einen zweiten Vertreter zu den Bundesausschußsitzungen zuzubilligen, der jedoch kein Stimmrecht hat.

Der Bundesausschuß nahm dann einstimmig eine Protestkundgebung **gegen die Maßnahmen der Interalliierten Kontrollkommission an,** die sich gegen die unberechtigten Eingriffe der Kommission in die Produktion wendet, da sie für das deutsche Wirtschaftsleben unübersehbare Folgen haben und eine schwere Schädigung der deutschen Arbeiter bedeuten. Die deutschen Gewerkschaften seien die sicherste Gewähr für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn.

Dem Bundesausschuß lag ein Entwurf zu einer Vereinbarung gegen wilde Streiks vor. Der Ausschuß lehnte es ab, diese Vereinbarung mit den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gutzuheißen. Es wurde jedoch betont, daß damit die Sache selber noch nicht abgelehnt sei. In der nächsten Bundesausschußtagung soll die Frage erneut behandelt werden.

An Stelle des austretenden Bundesvorstandsmitgliedes Giebel wurde Janeschek (Bergarbeiter) gewählt. — Brolat berichtete, daß einige Gewerkschaften Betriebsrätekonferenzen einberufen haben, die mit den Richtlinien des Betriebsrätekongresses nicht zu vereinbaren sind. Diese Angelegenheit wurde dem geschäftsführenden Ausschuß der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale überwiesen.

Eine neue Schröpfung der Arbeiterschaft.

Der Afa-Bund verbreitet folgende

Kundgebung:

„Die Reichsregierung beabsichtigt, zu Anfang des Jahres 1922 ein Notgesetz in Kraft treten zu lassen, wonach **Angestellte und Arbeiter** sowie deren Arbeitgeber **sechs Monate hindurch Beiträge zur Kapitalansammlung für eine spätere Arbeitslosenversicherung entrichten** müssen, ohne daß in diesem Notgesetz von irgendwelchen Gegenleistungen die Rede ist. Der Vorstand des Afa-Bundes erblickt in diesem Vorgehen einen **Ueberrumpelungsversuch** und gleichzeitig eine **Verletzung der Reichsverfassung,** in deren Artikel 163 die Unterhaltungspflicht des Reiches gegenüber den Erwerbslosen ausdrücklich anerkannt wird. Der Afa-Vorstand fordert die Arbeiter zum entschiedenen Protest und die Arbeitnehmervertreter im Reichswirtschaftsrat und Reichstag zur **rücksichtslosen Bekämpfung dieses Planes, zur Ablehnung des Notgesetzes auf.**

Zur Begründung.

Die Erfahrungen aus der Angestellten- und Invalidenversicherung sprechen gegen die Errichtung neuer Versicherungszweige. Durch die Geldentwertung sind die Milliardenbeträge der sozialen Versicherung bis auf einen geringen Bruchteil wertlos geworden. Angesichts der Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung muß damit gerechnet werden, daß auch weiterhin angesammelte Kapitalien automatisch ihren Wert verlieren.

Sodann eignet sich das Arbeitslosenproblem in keiner Weise für eine versicherungstechnische Behandlung. Jede Berechnung des Risikos ist, zumal heute, vollständig ausgeschlossen. Eine Beschränkung auf die besonders gefährdeten Berufs- und Industriezweige bedeutet für deren Angehörige die **Aufbürdung unerträglicher Lasten und ein Unrecht, da Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung ein Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist.** Der Erwerbslose muß seinen Anspruch gegenüber der Gesellschaft erhoben und kann sich um dieses Grundrecht nicht durch versicherungstechnische Fallstricke, wie Anwartschaften und Bezugsdauer, bringen lassen. Der Plan des Arbeitsministeriums, der die wirtschaftlich leistungsfähigsten Berufszweige, die Land- und Forstwirtschaft, von den Leistungen befreien will und die Beitragslasten zu einem Drittel den Arbeitnehmern aufbürdet, **widerspricht dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit** und billiger Verteilung der Lasten nach der Tragfähigkeit, ohne den Arbeitslosen auch nur den notdürftigsten Unterhalt zu gewährleisten.

Es muß deshalb verlangt werden, daß an Stelle einer Arbeitslosenversicherung der **sofortige Ausbau der Erwerbslosenfürsorge mit Selbstverwaltung der Arbeitnehmer** und der produktiven Erwerbslosenfürsorge schnellstens herbeigeführt wird."

•

Die letzte Sitzung des Ausschusses des ADGB. hat sich ebenfalls mit dieser Sache befaßt. Der Ausschuß hat es aber versäumt, eine klipp und klare Stellung gegen diesen neuesten Raubzug auf die Taschen der Arbeiter und Angestellten einzunehmen. Mit Redensarten, wie die, daß fast alle Redner vor dem Plane gewarnt haben, ist der Arbeiterklasse nicht gedient. Die Gewerkschaftsmitglieder erwarten vielmehr von den Instanzen, daß diese von vornherein mit aller Energie und Eindeutigkeit dem sauberen Plane der Regierung entgegentreten und wenn es sein muß, die Arbeiterschaft zum Abwehrkampf aufrufen.

Einmütig werden sich die Arbeiter dagegen wehren, durch ihre sauer verdienten Lohngroschen Kapital anzusammeln für ein Gesetz und für eine Versicherung, über deren Art und Wirkung sie nicht das mindeste weiß. Die Arbeiterschaft hat nicht Lust, durch eine neue verklausulierte Kopfsteuer etwa dem Reich aus dem Finanzdalles zu helfen. Das Reich mag nur die Kapitalisten und Schieber steuerlich erfassen, dann hat es nicht nötig, solche Experimente zu unternehmen.

Es ist ein Skandal, daß das Reichsarbeitsministerium, an dessen Spitze ein Rechtssozialist steht, überhaupt wagt, einen derartigen Plan vorzulegen. Es könnte erwartet werden, daß die Parteigenossen des Arbeitsministers Braun, die im ADGB. dominieren, auf ihn einwirken, damit er seinen Plan fallen läßt. Die laue Haltung des ADGB. läßt aber die Befürchtung zu, daß die Rechtssozialisten mit ihren Freunden in der Regierung durch dick und dünn gehen werden, wie sie es ja schon öfter getan haben. Die Koalitionspolitik der SPD. macht eben Rücksichtnahmen in jeder Beziehung nötig. Die Gewerkschafter aber, die sich parteipolitisch zur SPD. bekennen, sollten sich ernstlich die Frage vorlegen, ob sie es sich gefallen lassen wollen, daß ihre Interessen der Koalitionspolitik halber von ihren Führern geopfert werden.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner.

Ein Ultimatum rheinisch-westfälischer Eisenbahner.

Die vor Weihnachten begonnenen Besprechungen mit den Eisenbahnern wurden am 27. Dezember im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt. Die Verhandlungen haben nach einer Meldung des Berl. Lokal-Anz. zu keinem Ergebnis geführt. Eine endgültige Beschlußfassung soll erst Mitte Januar vorgenommen werden. Wie der Vorwärts aus Düsseldorf meldet, haben die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes aus den Direktionsbezirken Elberfeld, Köln und Essen in einer gemeinsamen Beratung eine Entschließung gefaßt, in der für verheiratete männliche Bedienstete eine Vorschußsumme von 1000 Mark und für ledige sowie für weibliche Bedienstete eine solche von 750 Mark gefordert wird. Wie es weiter in der Entschließung heißt, wird die Bewilligung dieser Forderung spätestens bis zum Mittwoch, dem 28. Dezember, nachmittags 2 Uhr erwartet. Wie der Korrespondent des Blattes hinzufügt, würde die Ablehnung der Forderungen zweifellos für die drei Direktionsbezirke Elberfeld, Köln und Essen den Streik bedeuten. Wie das Blatt weiter erfährt, ist auf einzelnen Bahnhöfen des Direktionsbezirks Elberfeld sowie in Vohwinkel und Barmen-Rittershausen die Arbeiterschaft in den Streik getreten. Die Beamten verhalten sich bisher noch passiv.

Achtung, Metallarbeiter.

Bei der Firma Bruno Ziergiebel, L.-Plagwitz, Nonnenstraße, befindet sich die Belegschaft im Streik, weil sich die Firma weigert, die mit dem Verband der Metallindustriellen vereinbarte Wirtschaftsbeihilfe auszuzahlen. Wir bitten dies zu beachten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Einen Aufruf zur Verwendung des Esperantos

veröffentlicht der Norsk Bokbinder Tidende, das Organ des norwegischen Buchbinderverbandes. Der Aufruf wendet sich an die Gewerkschaften und setzt auseinander, daß es für den Fortschritt der Arbeiterklasse ein dringendes Bedürfnis ist, daß unter der internationalen Arbeiterschaft die intimsten Beziehungen bestehen. Die Verständigungsschwierigkeiten seien das größte Hindernis für die Zusammenarbeit.

Dann heißt es weiter: „Wir machen den provisorischen Vorschlag, eine Esperantorubrik in allen Gewerkschaftszeitungen einzurichten. Jene Rubrik müßte in kürzester Form die wichtigsten Geschehnisse enthalten, welche sich auf die betreffende Organisation beziehen, und ferner Angelegenheiten, welche Interesse für die Berufskollegen in andern Ländern haben. In jedem Lande und vielleicht in jeder Organisation befinden sich Esperantisten, welche mit Freuden helfen würden, in Esperanto und aus Esperanto zu übersetzen. Wir glauben, daß jene Esperantisten in den Gewerkschaftszeitungen außerordentlich das Interesse der Arbeiterschaft für Esperanto wecken können, so daß die Arbeiter selbst die Sprache lernen würden. Das Klassenbewußtsein erweckt in den Arbeitern Interesse für alle Angelegenheiten, und daß sie Berufskollegen sind, wird das Interesse sicherlich vergrößern.

Wir hoffen, daß die Vorstände der verschiedenen Verbände diesen Vorschlag diskutieren und annehmen und die Sache mit Wohlwollen und Verständnis behandeln.

Die Ausgaben werden minimal sein, aber die Ergebnisse könnten große Bedeutung erlangen. Laßt uns das Hindernis beseitigen, welches den Weg zur Verwirklichung der Worte Karl Marx' versperrt: **„Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!"**

Freigewerkschaftlicher Sieg bei den Zentralbetriebsratswahlen beim Reichspostministerium.

Ueber die am 15. bis 17. Oktober cr. stattgefundenen Zentralbetriebsratswahlen liegt das endgültige Ergebnis jetzt vor.

Abgegeben wurden insgesamt 65 550 gültige und 1227 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Gewerkschaftsbund der Angestellten 1181, **Afa-Bund 6562,** Deutsche Postgewerkschaft (christlich) 6745 und **Deutscher Verkehrsbund 51 662 Stimmen.** Es gibt nach dieser Wahl keinen einzigen Oberpostdirektionsbezirk in Deutschland, wo nicht der **Deutsche Verkehrsbund die überwältigende Mehrheit** der Lohn- und Gehaltsempfänger hinter sich hat. **Der Deutsche Verkehrsbund hat 36 574 Stimmen mehr erhalten, als alle übrigen beteiligten Organisationen.** Von 65 550 Stimmen sind 57 624 für die freigewerkschaftlichen Verbände abgegeben worden, nur 7826 erhielten die Christlichen und der GDA. Dieses Ergebnis bedeutet für die Christen eine furchtbare Niederlage. Im Jahre 1920 entsandte der Deutsche Verkehrsbund insgesamt 10 Mitglieder in den Zentralbetriebsrat, **im Jahre 1921 15 Mitglieder,** also ein **Gewinn von 5 Mitgliedern** im Zentralbetriebsrat. Von 17 zu wählenden Mitgliedern für den Zentralbetriebsrat entsenden die freien Gewerkschaften 16 Mitglieder.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Hugo Setzpfand, Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Jede Dame liebt
rosiges, jugendfrisch. Antlitz u. blendend schön. Teint. Alles dies erzeugt d. echte
Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife von Bergmann & Co., Radebeul.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211228/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1415.

Mittwoch, den 28. Dezember 1921

263. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, 1100)

Othello.

Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi, Text nach Shakespeares Trauerspiel von A. Boito, für die deutsche Bühne übertragen von M. Kalbeck. Keine Ouvertüre.

Musikal. Leitung: Prof. Otto Lohse. In Szene gesetzt von P. Weltzleder. Personen: Othello, Befehlshaber der venetianischen Flotte (Jos. Pop); Cassio, Hauptmann (Hans Uhlmann); Jago, Fähnrich (E. Possony); Rodrigo, ein Venetianer (Alfred Polak); Lodovico, der Gesandte der Republik Venedig (Hans Müller); Montano, früherer Statthalter von Cypern (Emil Hevelling); Desdemona, Othellos Gemahlin (Liane Martiny); Emilia, Jagos Gattin (Elisabeth Werklein); Ein Herold (Adolf Keiser).

Schauplatz der Handlung: Cypern.

Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, den 29. Dezember: Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband: Die Meistersinger von Nürnberg. Anfang 6 Uhr.

Freitag, den 30. Dezember: Vorstellung für den Verband für weibliche Jugendpflege: Euryanthe. Anfang 7½ Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.

Mittwoch, den 28. Dezember 1921

— Außer Anrecht: —

Spiegelmensch.

Magische Trilogie von Franz Werfel.

In Szene gesetzt von Alwin Kronacher.

Erster Teil: Spiegel. In 1 Aufzuge.

Personen: Abt (Fritz Reiff); Mönch (Lothar Körner); Thamal (Lutz Altschul); Spiegelmensch (Ewald Schindler).

Zweiter Teil: Eins ums Andere. In 8 Aufzügen u. 1 Zwischenspiel. Personen: Thamal (Lutz Altschul): Sein Vater (Wilhelm Walter); Dschalilar (Hans Zeise-Gött); Ampheh (Margarete Anton); Der Herr des Palastes, Der Gaukler, Ananthos, der Schlangendämon, Metamorphosen des Mönchs (Lothar Körner); Mado, des Vaters Knecht (Fritz Reiff); Der Hohepriester Ahmaros (Karl Kuhl); Zwei Priester (Gustav Colmar, Artur Riklas); Erster, Zweiter, Dritter Bewunderer (Eugen Aberer, Alfred Schlageter, Oskar Berger); Fililith, Tänzerin (Marianne Kupfer); Häscherhauptmann (Wilhelm Enghi); Bibliothekar-Geist (Artur Riklas); Spiegelmensch (Ewald Schindler); Männer, Weiber.

Dritter Teil: Fenster. In 6 Aufzügen.

Personen: Thamal (Lutz Altschul); Abt (Fritz Reiff); Wächter, Schiffspatron, Richter, Schließer, Mönch, Metamorphosen des Mönchs (Lothar Körner); Vater (Wilh. Walter); Dschalilar (Hans Zeise-Gött); Ampheh (Margarete Anton); Mado, des Vaters Knecht (Fritz Reiff); Mutter (Marie Schippauer); Das Kind auf Krücken (Dorothea Thiele); Der Hohepriester (Karl Kuhl); Häscherhauptmann (Wilh. Enghi); Erster, Zweiter, Dritter Bewunderer (Eugen Aberer, Alfred Schlageter, Oskar Berger); Fililith, Tänzerin (Marianne Kupfer); Der Bettlerkönig (Karl Ebert); Der Krüppelkönig (Hans Peschter); Erster, Zweiter, Dritter, Vierter, Fünfter Ruderknecht (Rud. Wach, Fritz Wendel, Hermann Gaupp, Walter Baumgärtel, Bernhard Meinwald); Aufseher (Fritz Naumann); Spiegelmensch (Ewald Schindler).

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende ungef. 10½ Uhr.

Donnerstag, den 29. Dezember, nachm. 3 Uhr: Schneewittchen. Abends 7½ Uhr: Oeffentliche Vorstellung, zugleich Schillerverein 2d: Der fliegende Fisch.

Freitag, den 30. Dezember, nachm. 2 Uhr: Schneewittchen. Abends 6½ Uhr: Außer Anrecht: Faust.

Leipziger Puppenspiele Pfaffendorfer Str. 4 Am Alten Theater.

½3 und 5 Uhr — Täglich — 8 Uhr

Die 3 Haulemännchen. Herrliches Weihnachtsmärchen mit Ballett. | **Operetten-Abend.** Benefiz für Kaspar: **Er ist Baron.**

Nach jeder Vorstellung: Theatrum mundi.

Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut

Schauspiel. Serie A. Bezirk Osten Nr. 20001 bis 24000. 40. Vorstellung, Altes Theater, Donnerstag, den 5. Januar 1922, abends ½8 Uhr: Kabale und Liebe von Schiller. Einzelplatz 8.00 Mk., 3. Rang 2.00 Mk.

Schauspiel. Serie B. Bezirk Norden Nr. 40001 bis 41600. 41. Vorstellung, Altes Theater, Mittwoch, den 11. Januar 1922, abends ½8 Uhr: Kabale und Liebe von Schiller. Einzelplatz 8.00 Mk., 3. Rang 2.00 Mk.

1. Weihnachtsmärchen. Serie B. Bezirk Osten Nr. 20001 bis Schluß. Leipziger Schauspielhaus, Sonntag, den 8. Januar 1922, vormittags ½11 Uhr: Das neugierige Sternlein. Märchenspiel von Anna Bethe-Kühn. Einzelplatz 4.50 Mk.

2. Weihnachtsmärchen. Serie B. Bezirk Westen Nr. 1 bis Schluß. Leipziger Schauspielhaus, Sonntag, den 15. Januar 1922, vormittags ½11 Uhr: Das neugierige Sternlein. Märchenspiel von Anna Bethe-Kühn. Einzelplatz 4.50 Mk.

Karten sind gegen Vorzeigung der Anrechtskarten in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Die aufgerufenen Anrechtler müssen ihre Eintrittskarten spätestens 3 Tage vor der Vorstellung entnommen haben, sonst erlischt der Anspruch.

Für die Anrechtskarten-Inhaber sind in allen Volkszeitungsfilialen **Vorzugskarten für den Zoologischen Garten** zu haben.

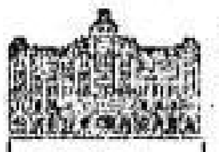
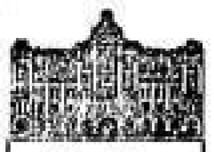
Krystall-Palast
Theater Fernspr. 2071
Täglich abends ½8 Uhr:
Der grosse vorzügliche
Dezember-Varieté-Spielplan

Battenberg
Varieté. Anfang 8 Uhr
Nur noch einige Tage
Das Kolossal-Varieté-Programm!
u. a.
Das Zersägen einer Frau in zwei Teile auf offener Bühne
Battenberg-Theater. Anfang 8 Uhr
Die Schuster-Baronesse
Burleskes Volksstück in 4 Aufz. von Thilo Schmidt.
Morgen: **Die Schuster-Baronesse.**
Vorverkauf: Tageskasse 10—2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Zigaretten Gold- u. ohne Mundstück
1000 Stück 25er
1000 Stück 30er
1000 Stück 40er zus. **Mk. 750.—**
Riesen-Zigarette in Luxuspackung m. Gold-Bandr. über 50 Pfg. per 1000 Stück Mk. 460.— liefert
Zigaretten-Spezialhaus
Blücherstrasse 11.

ZIGARETTEN
Mk. **230** pro 1000. Gold-, Kork- u. ohne Mundstück. Sortiert, goldgelber Tabak, liefert prompt
Zigarettengroßhandlung
Katharinenstrasse 17 und Neumarkt 12

Gedenkt unserer hungernden Brüder in Rußland
Montag, den 2. Januar 1922, abends ½8 Uhr im großen Saal des Palmengartens
KUNST-ABEND
Mitwirkende:
Karl August Wittfogel (Einführende Worte), **Hans Zeise-Gött, Lina Carstens** (Rezitationen), **Michael Rossort** (Russische Musik)
Der Reinertrag fließt den Hungernden in Rußland zu.
Karten à 3 Mk. in der Geschäftsstelle des A.-B.-I., Braustraße, allen Filialen der Leipziger Volkszeitung, Bücherstube Schützenstraße, Erich Scheibe, Lindenau, Karl-Heine-Straße, zu haben.
Die Saaltüren bleiben während der Darbietungen geschlossen.
Prolet. Tribüne Leipzig. Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Volkshaus
Kaffee Kuchen — Küche Keller
Morgen Donnerstag
von abends 7 Uhr an
Großes Volks-Ballfest

Sanssouci Donnerstag 7 Uhr: **Ball.**

Trojahns Schützenhaus Eisenbahnstraße 129 Fernsprecher 60138 Inhaber Paul Knöbel
Heute ab 7 Uhr: **Der beliebte Schützenhaus-Ball**

ff. Weinbrand-Verschnitt
von Jakob Stück Nachf., Hanau (Lieferant von Goldstück-Kognak)
per Flasche inkl. Flasche **43 Mk.** per Liter vom Faß **52 Mk.**
Bekannte Marken Kognaks und Liköre in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Heinr. Rausch, Weinhandlung Nordstraße 50. Tel. 4561. — **J. H. Roß, Weinhandlung** Windmühlenstr. 26. Tel. 7421.

Bevorzugt die beliebten
Weigler-Liköre.
A. Weigler, Leipzig
Tauchaer Straße 22.

Aufruf!
Männer und Frauen Leipzigs u. Umgebung!
Jetzt ist es Zeit, Ihre alten künstlichen
Zähne u. Gebisse
gut zu verwerten.
Kaufe Juwelen, Brillanten, Gold-, Platin- und Silbergegenstände
täglich von 9—6 Uhr.
G. Jentzsch Nachfl., Goldwarenfabrik
Katharinenstr. 2, Hof rechts — Tel. 16048
(im Hause „Taberna“).

Zähne inkl. Platte u. Klammern pro Zahn von **16.—** an
Ohne Platte inkl. Spange u. Klammern pro Zahn von **25.—** Mk. an
Unter schriftlicher Garantie.
Plombierungen nur bestes Material von **10.—** Mk. an
Reparaturen in einem Tage.
B. Zihang Schützenstrasse 21.

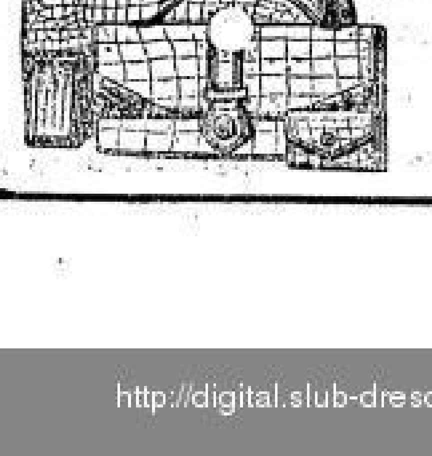
Patentanwaltsbüro Sack, Leipzig, Brühl 2.

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6.

Wo finden Sie den beliebten Uhrmacher??
Nur Berliner Str. 11
Ferdinand Fischer früher Tauch. Straße 10.

Zigarren
garant. rein, volles Format
100 Stück nur 60.— Mk.
Zigaretten
Gold- oder ohne Mundstück
100 Stück nur 20.— Mk.
Rauchtabak
garantiert rein, Krüllschnitt
100 Gramm nur 4.— Mk.
Gerberstraße 40
Wiederverkäuf. billiger durch Otto Götsch, Elsterstr. 17. I

Große Posten
Militär-gestreifte Pilot-Manchest.-Arbeits- **Hosen**
Militär-Winter- **Joppen**
Kinderanzüge
aus Militärstoff
für Händler und Wiederverkäufer
preiswert zu verkaufen
Bayersche Straße 24 (Laden).



Damentaschen
Hochelegante Neuheiten!
Solide Qualitätsware
Direkter Verkauf ab Fabrik!
Eigene Fabrikation u. Reparaturwerkstatt.
Größte Auswahl
Karl Blaich Windmühlenstr. 32 Tauchaer Straße 16

Neues Operetten-Theater.

Sofienstraße (Nachdruck verboten.) Fernruf 2904

Mittwoch, den 28. Dezember 1921

Die lustigen Nibelungen.

Burleske Operette in 3 Akten von Rideamus. Musik von Oskar Straus. In Szene gesetzt von Joseph Groß. Musikal. Leitung: Otto Findeisen. Personen: Gunther der Kleine, mit dem Beinamen der Große, König von Burgund (Rudi Gfaller); Ute, seine Mama (Emmy Nabarra); Dankwart, sein Papa (Josef Trautmann); Volker, Held, Giselher, Recke, Kriemhild, minnige Maid, seine Geschwister (Hans Sen, Charlotte Schädrich, Margarete Kästner); Hagen: Hagen, genannt der grimmige Hagen, sein Onkel, Hartmut, Wolfhart, Dietleib, Leibdiele (Hugo Steinherr, Hermann Engelmann, Karl Eichler, Agnes Frende, Hella Pieser); Siegfried (von), Drachentöter (Erich Suckmann); Brunhilde, Königin von Isenland (Therese Wiet); Ein Meldiger (Edmund Burlot); Eine Meisjue (Anni Feldegger). Etwas Volk, Zipfel und Zapfel, zwei junge Drachen.

Ort der Handlung: Burgund in Germanien. — Zeit: Die graue Vorzeit. Während der Ouvertüre keinen Zutritt.

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende ungef. 10½ Uhr.

Donnerstag, den 29. Dezember: Die blaue Mazur. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 30. Dezember: Vorstellung für den Stenographenverein Gabelsberger: Auf Flügeln des Gesanges. Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Direktion: Fritz Viehweg. Fernruf 2160

Mittwoch, den 28. Dezember, abends 7½ Uhr

Revolution in Krähwinkel.

Posse mit Gesang in 3 Akten von Johann Nestroy.

Musik von Friedrich Hermann. In Szene gesetzt von Otto Werther. Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.

Personen: Bürgermeister und Oberältester von Krähwinkel (Karl Waldeck); Sperling Edler von Spatz (Hans Stolle); Rummelpuff, Kommandant der Krähwinkler Stadtsoldaten (Reinhold Palube); Pfiffili, Redakteur der Krähwinkler Zeitung (R. Wöbel); Eberhard Ultra, dessen Mitarbeiter (Otto Stoeckel); Bedlgeil Edler von Zopfen, geheimer Stadtsekretär (Werner Schott); Frau von Frankenfrei, eine reiche Witwe (Lina Carstens); Sigmund Siegel; Willibald Wachs, subalterne Beamte (Fritz Prost, Hans Merkel); Klaus, Ratsdiener (Bernhard Wildenhain); Emerenzia, dessen Gattin (Stella David); Cäcilie, seine Tochter (Käthe Franck-Witt); der Nachtwächter (Adolf Braunstein); Walburga, dessen Tochter (Elisabeth Lennartz); Pemperl, Trödler, Führer der Mißvergnügten (E. Paulus); Schabenfellner, Kürschner (Conrad Bachmann); Frau Pemperl (Ottie Kramm); Frau Schabenfellner (Helene Riechert); Frau Klöppl (Olga Bedow); Babette, Pemperls Tochter (Fetke Ahrens); der Lehrer (Johannes Horrller); Frau von Schnudelbeld, Geheimrätin (M. Krüger-Michaelis); Adele, ihre Tochter (Grete Engeling); Franz, Kellner (Felix Schmidt); Kathi (Lotte Fleck); Dienstmädchen (Thea Pilz); ein Hausmeister (Alfr. Eimcke).

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Donnerstag, den 29. Dezember, nachm. 3½ Uhr: Das neugierige Sternlein (Einheitspreise). Abends 7½ Uhr: Revolution in Krähwinkel.

Freitag, den 30. Dezember, nachm. 3½ Uhr: Das neugierige Sternlein (Einheitspreise). Abends 7½ Uhr: Revolution in Krähwinkel.

Kleines Theater.

Telephon 12390 Direktion: Fritz Viehweg. Elsterstraße 40

Mittwoch, den 28. Dezember 1921, abends 7½ Uhr

Die Reise in die Mädchenzeit.

Lustspiel in 3 Akten von Alexander Engel und Hans Saßmann.

Spielleiter: Fritz Viehweg.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Donnerstag, 29. Dezember, abends 7½ Uhr: Die Reise in die Mädchenzeit.

Freitag, 30. Dezember, abends 7½ Uhr: Die Reise in die Mädchenzeit.

Drei Linden
Nur noch einige Tage
Das wirkliche Tagesgespräch von Leipzig!
Der Boxkampf des Jahrhunderts
Dempsey—Carpentier
Sensationell! Sehenswert!
Ausserdem
Der grosse Varieté-Spielplan
u. a.
Neu! **Silcher-Quartett** Neu!
29.—31. Dezember arbeiten
19 erstklassige Attraktionen an einem Abend.
Anfang präzise 7 Uhr.
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 43543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumv., K.-Heine-Str.

Apollo-Varieté
Heute abend ¾8 Uhr:
Abschieds-Vorstellung
verbunden mit
Ehrenabend
für die
Direktoren Kaiser u. Schäffer
Ueberraschungen
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Teleph. 11111) Warenhaus Th. Althoff, Petersstrasse

Felsenkeller
Straßenbahn Linie 2, 3 und 5.
Morgen Donnerstag, ab 7 Uhr:
Der vornehme Ball
mit anerkannt Leipzigs bestem Tanzorchester.
Sonnabend, den 31. Dezember
Leipzigs bekannt größte Silvester-Feier

Verlobungsringe
in 8- und 14 karat. Gold
in allen Größen vorrätig,
verkauft zu noch billigen Preisen
Immerglück, Ranstädter Steinweg 13.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211228/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Hauptvorstand Groß-Leipzig. Freitag, den 30. Dezember, abends 5 Uhr, im Speisesaal der Leipziger Volkszeitung.

Ortsverein L.-Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Kinderspielen Donnerstag, den 29. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Goldnen Adler, L.-Lindenau, Angerstraße 49.

Ortsverein L.-Ost. Beikassierer! Karten von der Weihnachtsaufführung sind schnellstens abzurechnen.

L.-Gohlis. Donnerstag, abends ½8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung.

Ein reaktionärer Vorstoß der Leipziger Handelskammer.

Die Leipziger Handeskammer hat als Vorort der sächsischen Handelskammern der Presse eine Zuschrift zugehen lassen, in der für eine Besserung der Wagengestellung zum Kohlentransport eingetreten wird. Damit begnügt sich aber die Handelskammer nicht, sie weiß noch andre Vorschläge zur Behebung der Kohlennot. Diese Vorschläge entsprechen selbstverständlich den Interessen des Unternehmertums, sie zeigen, von welchen Absichten die Leipziger Handelskammer geleitet wird. Das Schreiben der Handelskammer lautet:

„Die seit etwa 3 Monaten eingerissenen Mißstände in der Güter- und vor allem der Kohlenbeförderung sind den sächsischen Handelskammern Anlaß gewesen, Anfang voriger Woche gemeinsam den Reichsverkehrsminister darauf hinzuweisen, daß die Bahnverwaltung in einer Weise versagt hat, die eine Einschränkung bezw. Stillegung des sächsischen Wirtschaftslebens befürchten lassen müsse. Kohlen seien trotz Rückganges der Förderung und trotz des Ausfalles von Oberschlesien ausreichend vorhanden, denn die Läger seien überall gefüllt und den Brikettpressen drohe der Stillstand. Aber wenn z. B. dem Braunkohlenbergbau statt der verlangten 1300 Waggons pro Tag nur 500 gestellt würden, dann müsse naturgemäß die Industrie in ihrem Weiterbetrieb gefährdet werden, wie das im Bezirk der Handelskammer Plauen infolge der Einschränkung der Stromabgabe seitens des städtischen Elektrizitätswerkes bereits Tatsache geworden sei und für den Chemnitzer Bezirk wegen Kohlenmangels ganz allgemein erwartet werden müsse. Auch die Bereitwilligkeit, mit der der Reichskohlenkommissar und der Kohlenausgleich Dresden Inlandskohlen zur Verfügung gestellt hätten als Ersatz für die böhmische Braunkohle, deren Bezug, nachdem die tschechischen Werke zur Berechnung in Kronen übergegangen seien, für sächsische Abnehmer nicht mehr erschwinglich sei, könne die Notlage der Abnehmer solcher böhmischen Kohlen nicht beseitigen, wenn nicht für ausreichende Wagengestellung gesorgt wird. Neben der sofortigen Hebung der Wagengestellung für Sachsen forderten die Kammern, um eine dauernde Besserung herbeizuführen, **Stärkung der Disziplin und des Arbeitswillens der Bahnangestellten und die Beseitigung der Demobilmachungsvorschriften über die Einstellung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern,** sowie eine **Anpassung des Achtstundentags** an die besonderen im Verkehrswesen hervortretenden Verhältnisse, damit eine **bessere Ausnützung der Arbeitskraft** Platz greifen könne.“

Einschränkung oder Beseitigung der Arbeiterrechte, Beseitigung des Achtstundentags! Das ist das Unternehmerprogramm für die Behebung der Kohlennot. Dieses Programm ist ja für die Arbeiter nicht neu, es wird ja von den Unternehmern bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten vertreten. Interessant aber ist es immerhin, daß sich die Leipziger Handelskammer erneut als Vorort der reaktionären, arbeiterfeindlichen Bestrebungen entpuppt!

Der Steuerabzug vom 1. Januar 1922 ab.

Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Das Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921, das am 1. Januar 1922 voll in Kraft tritt und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen, die gleichfalls vom 1. Januar 1922 an Gültigkeit haben, enthalten für die Durchführung des Steuerabzugs wesentliche Aenderungen und Neuerungen, von denen als besonders wichtig folgende hervorzuheben sind:

Die für minderjährige Kinder zugelassene Steuerermäßigung wird nicht gewährt für minderjährige, zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren (Stichtag 20. 10. 1921), wenn sie eigenes Arbeitseinkommen beziehen.

Wer mittellose Angehörige zu unterhalten hat (20. 10. 1921), kann bei seinem Finanzamt Ermäßigung des Steuerbezugs in der für Kinder vorgesehenen Höhe beantragen. Für das Jahr 1922 ist dieser Antrag spätestens bis zum 31. März 1922 zu stellen.

Bis zu demselben Zeitpunkt kann auch ein Antrag auf Erhöhung der sogenannten Werbungskosten beim Finanzamt gestellt werden.

Aenderungen in der Zahl der zur Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder und der zu unterhaltenden mittellosen Angehörigen können auf Antrag berücksichtigt worden, wenn sie gegenüber der im Steuerbuch angegebenen Zahl solcher Familienangehörigen um wenigstens zwei größer ist. Der Antrag kann für jedes Jahr nur bis zum Ablauf des ersten Kalendervierteljahres (31. März) gestellt werden. Er ist wegen der mittellosen Angehörigen beim Finanzamt, wegen der hinzugekommenen Kinder bei der Gemeindebehörde zu stellen.

Alle Arbeiter, auch nicht ständige und Aushilfskräfte, müssen im Besitz eines Steuerbuchs für 1922 sein.

Ruhegehaltsempfänger und deren Hinterbliebenen, die ihre Bezüge aus Kassen außerhalb des Wohnorts beziehen, haben das Steuerbuch unverzüglich der die Bezüge auszahlenden Kasse zuzusenden.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Steuerabzug in Höhe von 10 v. H. des Arbeitslohns unter Berücksichtigung der auf dem Steuerbuch festgesetzten Jahresgesamtermäßigung oder der für die einzelnen Lohnzahlungsperioden in Betracht kommenden Teilbeträge der Ermäßigungen einzubehalten. In die Einlagebogen zum Steuerbuch hat er die Steuermarken einzukleben und letztere zu entwerten, auch vorher die Eintragungen am Kopfe der Einlagebogen vorzunehmen. Beim Einkleben der Steuermarken ist darauf zu achten, daß die einzelnen Marken sorgfältig, insbesondere nicht, wie dies vielfach geschehen ist, übereinander geklebt werden.

Auf Antrag kann dem Arbeitgeber vom Finanzamt gestattet werden, daß er die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung nach Ablauf des Monats bis zum 10. des folgenden Monats klebt. Seine Verpflichtung zur Einbehaltung des Steuerabzugs bei jeder Lohnzahlung wird hierdurch nicht berührt.

Das Finanzamt kann auf Antrag genehmigen, daß eine Verwendung von Steuermarken unterbleibt, und daß die Einzahlung der einbehaltenen Steuerbeträge durch den Arbeitgeber in bar oder durch Ueberweisung auf das Postscheck- oder Bankkonto bei der Finanzkasse der Betriebsstätte erfolgt. Solchenfalls ist der Arbeitgeber verpflichtet, für jeden Arbeiter ein Ueberweisungsblatt zu führen. Ueberweisungsblätter sind von Anfang Januar 1922 an unentgeltlich vom Finanzamt zu beziehen. Das Finanzamt kann dem Arbeitgeber gestatten, daß er die Eintragungen in die Ueberweisungsblätter nicht schon bei jeder Lohnzahlung, sondern erst am Schlusse des Kalendervierteljahrs, und zwar spätestens bis zum Ablauf des auf das Kalendervierteljahr folgenden Monats vornimmt. Das Finanzamt kann ferner zulassen, daß der Arbeitgeber die Eintragungen in die Ueberweisungsblätter nach Ablauf des Vierteljahrs in einer Summe vornimmt. Hierzu werden besondere Ueberweisungsblätter vom Finanzamt abgegeben.

Die Einzahlung der Steuerbeträge hat in kürzester Frist nach jeder Lohnzahlung zu erfolgen, und zwar in einer Summe ohne Bezeichnung der einzelnen Arbeiter und ohne Beifügung der Ueberweisungsblätter oder eines Verzeichnisses.

Das Finanzamt kann auch gestatten, daß die Einzahlung oder Ueberweisung der Steuerbeträge erst innerhalb der ersten 10 Tage nach Ablauf eines Monats oder eines Kalendervierteljahrs erfolgt. Im letztgenannten Falle ist jedoch der Arbeitgeber verpflichtet, monatliche Abschlagszahlungen zu leisten.

Bisher erteilte Genehmigungen zur Barabführung oder Ueberweisung der einbehaltenen Steuerbeträge behalten mit den durch die neuen Bestimmungen angeordneten Aenderungen auch weiterhin ihre Gültigkeit. Genehmigungen des Landesfinanzamts zur Abführung der einbehaltenen Beträge durch Ueberweisung sind nicht mehr erforderlich.

Die Abführung der abgezogenen Steuerbeträge hat vom 1. Januar 1922 an nicht mehr an die Steuerhebestellen, sondern in jedem Falle an das Finanzamt der Betriebsstätte zu erfolgen.

Mietsteigerung in den Meyerschen Häusern.

Die Notiz des Mieterschutzverbandes Leipzig und Umgegend in der gestrigen Nummer unseres Blattes bedarf einer Richtigstellung. Es ist, wie uns mitgeteilt wird, total unrichtig, von willkürlichen Steigerungen des Mietzinses zu sprechen, denn die Steigerung wird nur nach den allerdringlichsten Ausgaben vorgenommen. Der Mieterschutzverband hütet sich auch, Zahlen zu bringen, das heißt die Ausgaben, der bisherige Mietzins und die Steigerung, einander gegenüberzustellen. Täte er dies, so hätte er sich die Notiz schenken müssen, denn der Mietzins ist nur um soviel erhöht, daß das entstandene Defizit und nur ein Teil der Ausgaben gedeckt wird. Außer Betracht blieben die neuen Ausgaben, die schon von Neujahr gemacht werden müssen, darunter auch die erhöhten Grundsteuern, die erhöhten Grubenräumungskosten, Aschenabfuhr usw. Für Reparaturen für jedes Haus wurden 500 bis 700 Mark angesetzt. Daß diese Summe lächerlich gering und völlig ungenügend ist, bedarf keines Nachweises. Wie angesichts dieser Tatsachen der Mieterschutzverband von willkürlichen Mietsteigerungen bei den Meyerschen Häusern sprechen kann, ist völlig unerklärlich. Die verschiedene Höhe des Mietzinses ist, das wissen die Mieter jener Häuser genau, den verschiedenen Kosten der Häuser, die zu ganz verschiedenen Zeiten hergestellt wurden, geschuldet. Den Mietern sind die Zahlen genau mitgeteilt worden, weshalb es gescheiter gewesen wäre, der Mieterschutzverband hätte sich dort erst einmal erkundigt, ehe er sich mit seiner Notiz blamierte.

Die Leipziger Kommunisten für die Berliner Zentrale.

Der Zersetzungsprozeß, in dem sich die VAPD. befindet, hat auch die Leipziger Kommunisten veranlaßt, in einer Sitzung der Bezirksleitung Westsachsens zu der Lage Stellung zu nehmen. Die Sitzung nahm einstimmig eine Entschließung an, mit der sich die Leipziger Kommunisten restlos hinter die Berliner Zentrale stellen. Die Richtung der KPD., die aus der Zentrale die Schuldigen an der Märzaktion ausgeschaltet wissen will, scheint also in Leipzig nicht zum Wort zu kommen. Der erste Absatz der genannten Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Der Bezirksausschuß Westsachsens der KPD. erklärt nach ernster und sachlicher Prüfung der Lage in der Partei:

1. Die Zentrale der KPD. hat seit dem Jenaer Parteitag die Partei konsequent im Sinne der Beschlüsse des 3. Weltkongresses geführt. Weder die Enthüllungen des Vorwärts, noch die Angriffe der KAG. haben vermocht, das Vertrauen der revolutionären Arbeiter in die Kommunistische Partei zu erschüttern. Die KPD. ist auf dem besten Wege, durch ihre Haltung im Steuerkampf, gegen die Sinnesregierung und für die revolutionäre Einheitsfront auch die schwankenden Elemente innerhalb der Arbeiterschaft von ihrer antirevolutionären Bindung zu lösen. Die Zentrale der Partei hat deshalb recht gehandelt, daß sie keine persönlichen Folgerungen aus den Vorwärts-Enthüllungen gezogen hat.

Die übrigen Punkte der Erklärung richten sich gegen die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft um Däumig, Geyer usw., sowie gegen Friesland, Braß und Malzahn. Interesse erweckt dieser Teil der Erklärung nur insoweit, als im Punkt 3 gesagt ist: „Die politische Schwenkung der Partei seit dem 3. Weltkongreß hat auch die restlose Beseitigung aller militärischen Spielereien in der Partei im Gefolge gehabt.“ Wie wurden doch gerade die Mitglieder der USP. von den Leipziger Kommunisten beschimpft, weil sie die militärischen Spielereien bekämpften! Die Berliner Zentrale hat offenbar in Leipzig noch festeren Boden als in Berlin. Wie lange noch?

Eine Erklärung. Genosse Scheib ersucht uns, die Gründe mitzuteilen, die ihn veranlaßt haben, in der Stadtverordnetensitzung vom 21. Dezember für die Abtretung von Land zur Errichtung eines Denkmals in Sechausen zu stimmen. Er schreibt:

„Die Gemeindeeinwohner von Sechausen haben eine Sammlung veranstaltet, um die gefallenen Krieger der Gemeinde zu ehren. Fast die sämtlichen Gemeindemitglieder ohne Unterschied der Parteirichtung haben sich daran beteiligt. Es soll ein Denkstein gesetzt werden, umgeben von einem kleinen Hain. Die Gemeinde Seehausen hat zur Frage Stellung genommen, die gesamten Gemeinderatsmitglieder befürworteten die geplante Anlage und fanden hierfür einen dem Johannishospital gehörigen Platz für geeignet, da er schon von einer Seite mit Bäumen bepflanzt ist. Die Gemeinde ist daher mit dem Rat in Verbindung getreten und hat diesem um die Einwilligung ersucht, auf dem genannten Platz einen Denkstein stellen zu können, gleichzeitig ersucht sie um die Genehmigung, einige Bäume und Sträucher anpflanzen zu können in der näheren Umgebung. Es kommt weder eine unentgeltliche Landabtretung, noch eine solche überhaupt in Frage, es erfolgt auch keine aktive Betätigung der Stadtgemeinde, sei es durch Gewährung von Mitteln oder irgendwelcher Beteiligung. Im Gegenteil erklärt sich der Pächter dem Rate gegenüber sogar bereit, den Pachtzins voll weiter zu bezahlen, so daß für das Johannishospital keinerlei Einbuße entsteht. Unter all diesen in Betracht kommenden Umständen sah ich keine Veranlassung, gegen die Ratsvorlage zu stimmen, ja, ich hatte es vom parteitaktischen Standpunkt aus sogar für verfehlt, sich in Gegensatz zu dem einmütigen Willen der Sechausener Bevölkerung zu setzen. Eine andre Frage wäre es für mich gewesen, wenn die Stadt irgendwelche Nachteile davon gehabt hätte oder sich in irgendeiner Form finanziell betätigte denn dann käme eine prinzipielle Entscheidung in Betracht.“

Die neue Vergnügungssteuer tritt mit dem 1. Januar 1922 in Kraft. Die Bestimmungen liegen bei der Geschäftsstelle für die Vergnügungssteuer im Rathause, Zimmer 176, zur Einsicht aus. Dort werden auch nähere Auskünfte erteilt. Abdrücke können später gegen Bezahlung dort entnommen werden. Anmeldungen zu Vergnügungssteuer- und Kartensteuerabrechnungen haben bei der gleichen Stelle zu erfolgen.

Wohnungswechsel innerhalb des Stadtgebietes. Bei der bis zum 7. Januar 1922 dauernden Ausgabe der neuen Brotkarten nehmen die Bezirksstellen ausnahmsweise auch die Ummeldungen von Umzügen innerhalb der Stadt mit entgegen. Die Haushaltkarte und der neue Wohnungsschein sind dabei vorzulegen.

Wegfall von 210 Zügen. Zugeinschränkungen werden wegen Kohlenmangels in allen Bezirken vom 29. d. M. an durchgeführt. Im ganzen sind bis jetzt 210 Züge gestrichen.

Gegen feldgraue Bettler. Die Maßnahmen der amtlichen Fürsorgestellen und der Kriegsbeschädigtenvereinigungen zur Bekämpfung des Bettelunwesens haben nach den Berichten der Hauptfürsorgestellen zum Teil Erfolg gehabt. Es wurde vielfach festgestellt, daß die Mehrzahl der angeblich kriegsbeschädigten Straßenbettler nicht wirklich kriegsbeschädigt ist. Aus dem Bezirk der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin besuchen die Kriegsbeschädigten auswärtige Märkte, Messen und sonstige Veranstaltungen, um dort zu betteln. Der Reichsarbeitsminister hat die Fürsorgestellen ersucht, Feststellungen in dieser Beziehung unverzüglich der Hauptfürsorgestelle Berlin zu melden, damit das Nötige veranlaßt werden kann. Die amtlichen Fürsorgestellen und die Kriegsbeschädigtenvereinigungen sollen gerade jetzt, in der kalten Jahreszeit, dem Bettel wieder besonders Beachtung schenken.

Verhinderter Einbruch. In der vergangenen Nacht sah in der Wächterstraße ein diensttuender Wachmann der Wach- und Schließ-

---

Der einzige Weg.

Roman von Paul Reboux.

11] Uebersetzt von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Grethlein u. Co., G. m. b. H., Leipzig.

Doktor Sauvargué fragt diesen Kranken nicht, denn der hat den Gebrauch der Sprache verloren; er kann sich nur durch Kopfnicken verständigen. Manchmal macht er eine Anstrengung, um etwas zu sagen. Dann kommt etwas Feuchtigkeit durch die Röhre, die man ihm ins Gesicht gesetzt hat und die den Mund ersetzen soll, ein flüssiger Schleim, den Bichard mit dem Taschentuch entfernen muß.

Als er hinausgebracht war, fragte Real:

„Ja, wie lebt er denn?“

„Man ernährt ihn mit der Sonde.“

„Was für ein Mensch war er?“ Unwillkürlich sucht er aus der Vergangenheit einen Standpunkt zu diesem noch lebenden und gegenwärtigen Fall zu finden. Er faßt seine Frage bestimmter.

„Wie alt ist er? Was hatte er für einen Beruf?“

„Er ist einunddreißig Jahre alt und war Verkäufer in einem großen Warenhause.“

Der Aufmarsch der Krüppel geht weiter. Einige scheinen völlig verblödet, noch nicht aufgewacht von dem Entsetzen, das dem Blitzschlag gefolgt war. Andere zeigen auf dem Rest ihres Gesichtes einen Rest von Ausdruck.

Real, von einem unaufhörlichen Angstgefühl gewürgt, sieht einen nach dem anderen kommen und gehen. Gesichter, wie vom Nachtmahr erzeugt, bedrängen ihn. Ach, diese verzerrte Lippe, die eine beständige Grimasse festhält! Ach, diese Nase, normal in ihrem Beginn, die jäh aufhört und zwei Löcher wie in einem Totenkopf zeigt. Und dieser klare und lebhafte Blick in einem Haufen sinnigen Fleisches!

Er bringt sich die Kriegsbilder wieder in Erinnerung. Bei ihm wie bei vielen Leuten hatten die Sorgen um die Teuerung, die Steuern, die politischen Debatten, die tägliche Verpflegung allgemach die Erinnerung an die Toten verdrängt.

Er sieht aufs neue das Gras am Rande des Schützengrabens, die verwüsteten Steppen der Champagne, die zerfetzten Bäume, die versengten Wälder, das alles unkenntlich durch einen unbeschreiblichen Schlamm. Er hört die Schrapnells gleich wilden Katzen miauen, gleich todbringenden Sirenen heulen. Er sieht die Schützengräben, wo man, beständig versumpft und mit Lehm bestrichen, watet, die Knie vom Umhang umschlottert, steif vom Kote bis zu den Rotschößen. Er denkt an die Sommerhitze, welche die Verwesung förderte und die Leichen zum Platzen brachte. Er beschwört die Komposthaufen herauf, wimmelnd von Ungeziefer, die jene Höhlen füllten, in denen menschliche Wesen schlafen mußten. Er fühlte wieder die Verblödung, die einen erfaßt hatte, als man nichts mehr hoffte, als davonzukommen und dann doch wieder den Tod ersehnte, der allem ein rasches Ende bereiten sollte. Und die Leichen, all die Leichen richten sich vor ihm auf.

Gespießt auf die Bajonette, die ihnen die Gesichter durchbohrt hatten; Hände und Mund voll von der Erde, in die sie sich eingekrallt hatten, bevor sie die ewige Unbeweglichkeit erlöste; Leichen, über deren Gesichter die Insekten bis in die Nasenlöcher und Augen gekrochen waren; Leichen, lang ausgestreckt in der Stellung des Gekreuzigten, das Antlitz gen Himmel; Leichen, nicht völlig verschlungen vom Wirbel einer Explosion, deren Beine aus einem Schutthaufen herausragten und die Vorbeigehenden am Weiterschreiten hinderten; Reste von in den Drahtverhau Geratenen, die da so lange gehangen hatten, bis sie nicht mehr denken, nicht mehr leiden mußten . . .

Und diese Ueberlebenden, noch gräßlicher als die Toten . . . Die anderthalb Millionen französischer Krüppel, in ihren Winkeln, erniedrigt, schmerzensvoll, geduckt wie mißhandelte Tiere, nach den andern, den Gesunden, schielend . . .

Die Visite ist zu Ende. Real sagt zu Doktor Sauvargué: „Sie sprechen doch oft mit ihnen? Wie ertragen sie ihr Los?“

„Echt menschlich,“ versetzte der Arzt, „das will sagen, mittelmäßig und jeder nach seiner Natur. Es gibt welche, die betrachten sich als lebenslängliche Pfleglinge des Lazarettes. Damit sind sie zufrieden. Dagegen gibt es andre, die erbittert sind. Sie kämpfen für die Erhöhung ihrer lächerlich geringen Gebühren und klagen, daß man sie vergessen hat. Aber es gibt auch solche, die sich gar nicht äußern. Diese sind am tiefsten zu beklagen. Einen solchen haben Sie soeben gesehen. Er war einmal ein hübscher Kerl, der eine Zukunft vor sich hatte. Der Krieg hat ihm seine Frau, sein Vermögen, sein Gesicht, seine Lebenskraft geraubt, alles! Er ist sechsundzwanzig Jahre alt. Sechsundzwanzig Jahre! Die Toten, die unter einem Holzkreuz schlummern, sind glücklich. Aber ein lebender Leichnam! Stellen Sie sich das vor — ein lebender Leichnam!“

Versonnen durchschritt Real die Grenellestraße, nachdem er das Lazarett verlassen hatte. Die Gedanken, die ihn festhielten, wechselten mit Erinnerungen an das Diner von gestern abend. Er sah die prunkende Tafel, die Blumen auf dem Tische, das Kristall und das Silber, diese Versammlung glücklicher Menschen — und dazwischen schob sich ein Gesicht wie aus Hackefleisch, aus dem ein Auge, ein einziges brauchbares Auge, das blaue Auge eines Jünglings, nach ihm starrte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Die blaue Mazur. Erstaufführung in der Operette. Ein Text, der die übliche Operettenliebesgeschichte nach einer mißglückten moralischen Seite abzuwandeln sucht, eine Musik, die das übliche Schlagerwesen nach einer nicht glücklicheren modern musikdramatischen Richtung verschiebt — das ist der Gesamteindruck dieser neuen Schöpfung von Leo Stein, Bela Jenbach und Franz Lehar. Der letzte hat den Schwung und die sprudelnde Frische, die seine früheren Werke aus der Zahl ihrer Zeitgenossen heraushebt, verloren oder vergessen über einem Streben, mehr zu geben, als er geben kann. Die Aufführung gab sich alle mögliche Mühe.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211228/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

gesellschaft gegen ½5 Uhr morgens bei der Kontrolle einer Villa vor einem Kellerfenster in verdächtiger Weise ein Paar Schuhe stehen. Bei näherer Beobachtung bemerkte er im Keller derselben einen jungen Mann im Alter von 26—27 Jahren, der durch das Hinzukommen des Wächters durch eine hintere Kellertür entschwand. Der Wächter weckte den Hausmann, es gelang aber nicht, den Einbrecher festzunehmen. Die Schuhe wurden der Polizei übergeben.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 29. Dezember.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. 45. Kartenverteilung: Nr. 401—600 in den bekanntgemachten Bezirkskartenstellen.

Für Händler.

Ausl. Weizenmehl: Bezugscheineinnahme.

Polizeinachrichten.

Unfall. Zeugen gesucht. Am Dienstag, dem 20. d. M., mittags gegen ½1 Uhr, ist in der Aeußeren Hallischen Straße in L.-Gohlis auf der Brücke über die Gleise der Thüringer Bahn ein 7jähriger Knabe von einem Personenkraftwagen angefahren und verletzt worden. Diejenigen Personen, die über den Hergang des Unfalles genaue Angaben machen können, werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Schneller Tod. Am 2. Weihnachtsfeiertag, nachmittags gegen 3 Uhr, ist ein auf Besuch hier weilender Kaufmann aus Hamburg in der Brandenburger Straße infolge Herzschlages gestorben.

Sächsische Angelegenheiten.

Gemeinden und Schulbedarf.

Aus der letzten Vorstandssitzung des sächsischen Gemeindetages wird uns geschrieben:

Der von den Gemeinden sehnlichst erwartete Entwurf eines Schulbedarfsgesetzes, der die Verhältnisse der Volks- und Fortbildungsschulen regeln soll, war in der letzten Vorstandssitzung des sächsischen Gemeindetages Gegenstand eingehender Besprechungen. Es wurde allgemein bedauert, daß eine so kurze Frist zur Durchberatung dieses Entwurfs vom Kultusministerium gestellt worden ist. Die Mehrheit des Vorstandes hält es in erster Linie für unbedingt erforderlich, daß der Staat die gesamten persönlichen Volksschullasten ohne Einschränkung übernimmt und ist dafür bereit, dem Staate das Besetzungsrecht, allerdings nach Vorschlag der Gemeinden, einzuräumen. Es ist deshalb zu bedauern, daß der Staat die Vorfrage, wer die persönlichen Ausgaben für Schulzwecke zu tragen hat, nicht vorher endgültig geregelt hat, da von der Entscheidung dieser Frage naturgemäß die Stellungnahme zu den vielen Einzelfragen abhängt. Ferner wurde für dringend notwendig gehalten, daß die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Volksschullehrer, 30 Stunden beträgt, und daß eine weitere Herabsetzung ausgeschlossen sein müsse. Von einzelnen Seiten wurde sogar darauf hingewiesen, daß vom Standpunkt der Gemeinden, namentlich der kleineren, 32 Stunden verlangt werden müßten. Weiter wurde mit Nachdruck gefordert, daß die entwickelteren Volksschulen zu schützen sind und daß alle diejenigen Gemeinden, die gegenwärtig bessere Einrichtungen schon haben, nicht verpflichtet werden sollen, die Lasten für diese weitergehenden Einrichtungen in vollem Umfange selbst zu tragen. Hinsichtlich der Klassenstärke wurde wie im Entwurf eine Schülerzahl von 40 für richtig gehalten.

Einheitliche Aufstellung der Gemeinde-Haushaltpläne.

Auf Veranlassung des sächsischen Ministeriums des Innern hat eine aus Kommunalpolitikern des sächsischen Gemeindetages bestehende Kommission die Frage nachgeprüft, ob und inwieweit die Haushaltpläne der sächsischen Gemeinden nach einem einheitlichen Plan aufgestellt und vereinfacht werden könnten.

Die Komission ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Vereinheitlichung wünschenswert und möglich sei und hat sich insbesondere hierbei an die Leitfäden gehalten, die im Auftrage des Deutschen Städtetages von der Vereinigung der Finanzamt-Dezernenten größerer deutscher Städte aufgestellt worden sind. Die Aufstellung eines besonderen Bruttohaushaltplanes wurde nicht für notwendig gehalten, wohl aber soll zum Zwecke der Uebersicht über verwendete Ausgaben (Gehälter, Löhne, Bureaubedarf, Hochbauunterhaltung, Heizung, Beleuchtung usw.) diese, soweit ein Bedürfnis besteht, neben dem Haushaltplan hergehend, in Uebersichten besonders nachgewiesen werden.

Die sächsischen Handelskammern bremsen.

Die sächsischen Handelskammern, die durch die rücksichtslose Vertretung der Unternehmerinteressen schon mehr berüchtigt als berühmt geworden sind, erblicken in dem Gesetzentwurf über Lohnstatistik eine neue Gefahr für die kapitalistischen Kreise. Nach dem Entwurf kann die Reichsregierung Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten anordnen und zu ihrer Durchführung Bestimmungen erlassen. In einem Bericht an das sächsische Wirtschaftsministerium wurde von den Handelskammern u. a. ausgeführt: Es würde die zur Erhebung wirtschaftlicher Art unter bestimmten Voraussetzungen seinerzeit erlassene Bekanntmachung über Auskunftspflicht, die heute schon lange keine Daseinsberechtigung mehr besitzt, gewissermaßen auch noch auf das arbeitsrechtliche Gebiet erstreckt. Weiter würde der inhaltlich sehr unscheinbare Gesetzentwurf die Grundlage noch eines weiteren Rechtsgebietes, nämlich des Betriebsrätegesetzes verbreitern, indem er den Arbeitnehmern noch über die Rechte aus dem Betriebsrätegesetz hinaus Einblick in alle Einzelheiten der Lohn- und Gehaltsregelung vermitteln würde. Schließlich wurde noch betont, daß für das Gesetz kein Bedürfnis vorliege, da das bisherige Verfahren der statistischen Erhebungen schöner und einfacher arbeite.

Für die Herren Unternehmer liegt allerdings kein Bedürfnis vor, um so mehr aber für die Allgemeinheit und besonders für die Arbeiter. Wenn die Löhne der Lohnarbeiter öffentlich festgestellt würden, wäre es vorbei mit dem albernen Schwatz von den „horrenden Löhnen" der Arbeiter. Dann würde nicht nur die schamlose Ausbeutung der Arbeitskraft auf der einen und die Riesengewinne der Unternehmer auf der andern Seite offenbar werden, sondern auch die Steuerdrückebergerei der besitzenden Klassen. Deswegen die Angst der arbeiterfeindlichen Handelskammern davor, daß die Oeffentlichkeit einen Einblick bekommt in die Geheimnisse des kapitalistischen Getriebes.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft.

Ueber die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft hat das Arbeitsministerium u. a. folgendes bestimmt:

Ausländische Arbeiter dürfen in landwirtschaftlichen Betrieben nur mit Genehmigung des Landesamtes für Arbeitsvermittlung beschäftigt werden. Die Prüfung und Genehmigung hat sich nicht nur auf neu zu beschaffende ausländische Arbeitskräfte, sondern auch auf die bereits in Beschäftigung stehenden ausländischen Arbeiter zu erstrecken. Die Genehmigung wird ausdrücklich für jeden einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb und für eine genau bezeichnete Zahl ausländischer Arbeiter erteilt.

Die Genehmigung erfolgt auf Antrag des Arbeitgebers. Die Anträge sind bei der für den Beschäftigungsort zuständigen unteren Verwaltungsbehörde mit tunlichster Beschleunigung, jedoch spätestens bis zum 31. Januar 1922 einzureichen.

Die vorgeprüften Anträge sind von der unteren Verwaltungsbehörde an das Landesamt für Arbeitsvermittlung Dresden, Kanzleigäßchen 1, I., weiterzuleiten.

Ueber die Zulassung entscheidet endgültig das Landesamt für Arbeitsvermittlung mit seinem landwirtschaftlichen Fachausschuß.

Die Milchpreise im Januar.

Die Preiskommission des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes Sachsen hat im Beisein von Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Landeskulturrates und der Landespreisprüfungsstelle für den Monat Januar 1922 die Vollmilcherzeugerpreise unter Zugrundelegung der in der Zeit vom 21. November bis 20. Dezember d. J. in Berlin amtlich notierten Butterpreise wie folgt festgesetzt: Bei Lieferung ab Stall 3.45 Mk., bei Lieferung frei Verlade- bezw. Abgangsstation, Molkerei- oder Sammelstelle 3.65 Mk.; bei von einer Landmolkerei erfolgten Lieferung molkereimäßig behandelter und in einwandfreier Beschaffenheit eintreffender Vollmilch frei Abgangsstation 4.25 Mk. für das Liter. Die Kleinhandelspreise werden vom organisierten Milchhandel nach den vom Milchwirtschaftlichen Landesverband Sachsen gegebenen Richtlinien örtlich geregelt.

Gegen die Ueberstufungen von Gemeindebeamten bei der Regelung der Besoldung.

Das Ministerium hat eine Verordnung erlassen, die sich mit der Genehmigung der Besoldungsvorschriften für Gemeindebeamte beschäftigt. Es heißt darin u. a.: „Das Ergebnis der Landtagsverhandlungen über die Vorlage des Gesetzes zur Abänderung des Beamtenbesoldungsgesetzes veranlaßt das Ministerium des Innern, die zuständigen Behörden anzuweisen, Ueberstufungen von Gemeindebeamten mit allem Nachdruck entgegenzutreten und solche nötigenfalls durch Versagen der Genehmigung zu verhindern. Die Rücksicht darauf, daß der Beamte bis jetzt tatsächlich Gehalt nach einer höheren als der für zulässig erachteten Gruppe bezogen hat, kann ein Abweichen von dem obenerwähnten Grundsatz nicht rechtfertigen".

Dresden. Gestern morgen fuhr auf dem Hauptbahnhof ein Leerzug einem andern Leerzug in die Flanke, wodurch vier Wagen entgleisten. Das Personenzug-Gleis Dresden—Pirna war vorübergehend gesperrt. Verletzt wurde niemand.

Waldheim. Die Stadtverordneten haben einem Ratsbeschlusse über die Niederlassung einer Gendarmerie-Abteilung in Waldheim zugestimmt.

Chemnitz. In Siegmar bei Chemnitz ereignete sich am ersten Weihnachtsfeiertage nachmittags ein schweres Unglück. Nahe der Eisengießerei von Paul wollte ein in raschem Tempo aus Chemnitz kommendes Automobil vor der Straßenbahn ausweichen und fuhr dabei auf den Bürgersteig. Ein Ehepaar, das sich auf dem Wege zu einer Weihnachtsfeier bei Verwandten befand, der Handschuharbeiter Uhlig aus Neustadt und dessen Frau, wurden von dem Kraftwagen gegen einen eisernen Gartenzaun gedrückt. Uhlig erlitt zwei schwere Rippenbrüche und seine Frau einen Schädelbruch.

Schellenberg. Die Gemeinderatswahl, bei der fünf bürgerliche und sieben mehrheitssozialistische Vertreter gewählt wurden, ist von bürgerlicher Seite angefochten worden.

Hohenstein-Ernstthal. Die städtische Lebensmittelkasse schließt mit einem Fehlbetrag von 789180.76 Mk., während der tatsächliche Warenverlust 192788.28 Mk. beträgt.

Bezirkskonferenz der Sozialistischen Proletarier-Jugend für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Bezirkskonferenz der Sozialistischen Proletarier-Jugend für den Regierungsbezirk Merseburg tagte am Sonntag, dem 11. Dezember, morgens ¼10 Uhr, im Volkspark in Halle. Aus dem Bezirke hatten sich etwa 60 Jugendgenossinnen und Jugendgenossen zu dieser wichtigen Tagung zusammengefunden.

Der erste Vorsitzende, Jugendgenosse Hübler-Schkeuditz, berichtete über den Stand der Bewegung, daß es trotz der Spaltung, die im vorigen Jahre unsre Reihen zerriß und der sich in diesem Jahre in den Weg gestellten größten Widerstände, gelungen sei, nicht nur einen Ausbau, sondern auch einen Aufbau unsrer Organisation zu bewirken. Die Zahl der Ortsgruppen erhöhte sich gegenüber den uns im vorigen Jahre noch treu gebliebenen um das Vierfache und dementsprechend ist auch die Mitgliederzahl gewachsen und sind für das weitere Erstarken auch die besten Aussichten vorhanden. Die finanzielle Lage hat sich auch, wie aus dem anschließend gegebenen Kassenbericht hervorging, gebessert und dem Nichts vom vorigen Jahr steht heute ein ansehnlicher Kassenbestand gegenüber, zu dem noch kommt, daß ein Drittel der von der früheren, vorjährigen Bezirksleitung bei der Zentrale gemachten Schulden getilgt ist.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Genosse Lehmann-Eilenburg einen kurzen Bericht über die im Oktober stattgefundene Sitzung des Reichsausschusses. Auch im Reiche macht unsre Bewegung ansehnliche Fortschritte, nach Gera sind 50 neue Ortsgruppen gegründet worden. — In der anschließenden Debatte sprach man sich besonders über den Ausbau unsrer Zeitung aus; in der Frage der Kindergruppen billigte man die Haltung der Zentrale und schlug den Ortsgruppen vor, so zu arbeiten.

Ueber „Unsre Arbeit" spricht der Genosse Hübler-Schkeuditz.

An die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen schließt sich eine rege Diskussion an.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung spricht der Genosse Brandes von der Zentrale über „Den wirtschaftlichen Kampf der Jugend". Er schildert unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse die außerordentlich große wirtschaftliche Not der Jugend und setzt auseinander, warum und wie die Jugend den wirtschaftlichen Kampf zu führen hat.

Nachdem man in der Diskussion nochmals die außerordentliche Wichtigkeit der Gewerkschaften bei diesem Kampfe in den Vordergrund geschoben hatte, gibt Genosse Brandes in seinem Schlußwort noch die gewünschten Aufklärungen über die Arbeit der kommunistischen Jugend im Reichsausschuß und warum diese angeblich nicht wieder in den Reichsausschuß eintreten will, daß aber ein großer Teil der Ortsgruppen der kommunistischen Jugend diese Stellung nicht billigen und in den Ortsgruppen im Jugendkartell auf Grund des Mindestprogramms arbeiten.

Im Punkt Anträge wurden die vom Genossen Hübler auf Grund seines Referates vorgeschlagenen Richtlinien und Anträge angenommen und ferner auch ein Antrag, worin man mit Befremden davon Kenntnis nimmt, daß die Jugendfrage auf dem Parteitag der USP. nicht besonders behandelt werden soll, trotz ihrer Wichtigkeit.

Der Genosse Hübler-Schkeuditz legt sein Amt wegen Ueberlastung nieder. Darauf wird die Ortsgruppe Eilenburg mit der Uebernahme der Bezirksleitung betraut und als erster Vorsitzender der Genosse Richard Lehmann-Eilenburg, Bergstr. 80, gewählt.

Im Verschiedenen erledigte man noch einige organisatorische Fragen, worauf die Konferenz gegen 4 Uhr ihren würdigen Abschluß fand.

Aus der Umgebung.

Paunsdorf. Gemeinderatssitzung. Der Haushaltplan wird endgültig mit den vom Finanzausschuß vorgeschlagenen Aenderungen genehmigt. Er schließt mit einem ungedeckten Fehlbetrag von rund 75 000 Mk. ab. Der Vorsitzende teilt anschließend die der Stadt Leipzig zugestellte Vermögensübersicht der Gemeinde mit. Es wird beschlossen, da unser Ort in die Ortsklasse A eingereiht worden ist, den Beamten die Differenzbeträge zwischen A und B noch vor Weihnachten zu zahlen. Dem Beschlusse des Sparkassenausschusses, den Zinsfuß der nach auswärts verliehenen Hypotheken auf 4¾ Proz. zu erhöhen, wird zugestimmt. Der Vorsitzende erstattet Bericht über die auf dem Gemeindesportplatze noch zu erledigenden Arbeiten. Die Inneneinrichtung des Gebäudes soll nach den Vorschlägen des Finanzausschusses ausgeführt werden. Der Verpachtung des Sportplatzes und des Kabinengebäudes an das Arbeiter-Sportkartell und den Allgem. Turnverein mit dem von diesen Körperschaften aufgestellten Spielplan wird zugestimmt; ebenso einem Antrage der Kriegsbeschädigten auf eine einmalige Beihilfe zur Verbilligung von Fleisch und Margarine. Als Weihnachtsgabe für besonders bedürftige hochbetagte Einwohner werden 2000 Mark bewilligt. Unter Mitteilungen seien einige, die Oeffentlichkeit besonders interessierende, angeführt. Die Zwangseinverleibung des Rittergutes tritt am 1. April 1922 in Kraft. Alle die vom Rittergutsbesitzer bei den Verhandlungen mit der Gemeinde geforderten Vergünstigungen, wie Entschädigungen, Belassung der Straßen im Gutsbezirk als Privateigentum, Bevorzugung in Steuersachen, sind verworfen worden. — Bei einer unverhofft vorgenommenen Kassenrevision wurden sämtliche Kassen in guter Ordnung gefunden. — Die nach Auflösung der Lebensmittelstelle noch vorhandenen Bestände sind restlos verkauft und brachten einen Erlös von 42000 Mk. Der Verlust von 24000 Mk. trat durch Verbilligung der betreffenden Waren ein. Das Gesuch um eine Beihilfe aus dem Lastenausgleichstock ist von der Amtshauptmannschaft abgelehnt worden. Eine Anfrage der USP.-Fraktion, ob der Vorsitzende es bestätigen könne, daß die von Genossen Krieg in der letzten Gemeinderatssitzung gemachten Angaben, nach welchen **der Kommunist Spott unsern Genossen Hickmann bei der Behörde denunziert habe, auf Wahrheit beruhen, beantwortete der Gemeindevorstand bejahend. Es stehe nach den Akten fest, daß Spott ohne Aufforderung bei der Behörde erschienen sei und habe Angaben gemacht, die die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten veranlaßten. Die Anklage gegen H. sei später von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen worden, da sich Spotts Angaben nicht bestätigten.** Diese Feststellung mußte getroffen werden, da Sp. es fertig brachte, sich in einer kommunistischen Mitgliederversammlung gründlich reinzuwaschen und sich in der Sächsischen Arbeiterzeitung als verfolgte Unschuld und Schützer der Bedrängten hinzustellen. Mit dieser Gemeinderatssitzung, die die letzte vor der Einverleibung war, ist die Tätig-

---

etwas aus diesem Stück zu machen. Vor allem überraschte Mizzi Berger durch eine sorgfältige musikalische Behandlung ihrer Partie und ein erfreuliches Ausschöpfen ihrer stimmlichen Mittel. Ihr Partner, Walter Grave, verlernt dagegen das Singen immer mehr. Rudi Gfaller bildete eigentlich mit seiner köstlichen Doppelfigur Adolar—Engelbert den Mittelpunkt des Interesses, unterstützt von seiner Partnerin Frieda Netty. Es wurde auch im übrigen flott und plastisch gespielt, und Otto Findeisens Stab hauchte dem Tongebilde das intensivste mögliche Leben ein. Trotzdem blieb es bei einem Scheindasein. Pz.

Neues Theater. Artur Fleischer-Janczak sang zum erstenmal den Fliegenden Holländer. Für die dramatischen Partien dieser Rolle stehen ihm in Stimme und Spiel recht viele und starke Ausdrucksmöglichkeiten zur Verfügung. Nur das lyrische Intermezzo des 2. Aktes mit seiner zart gesponnenen Liebesszene wußte er nicht recht zu gestalten. Hier fehlten seiner Stimme die Abschattierungen des Piano. Leider beeinträchtigt dies den günstigen Eindruck der im übrigen großzügigen Gesamtleistung. Pz.

Arbeiterbildungsinstitut. Wenn sich unter den künstlerischen Veranstaltungen des Arbeiterbildungsinstituts, die längst ein besonderes Lob überflüssig machen, einmal ein weniger gelungenes Unternehmen befindet, so hat das für das Ganze nicht das geringste zu sagen. Der Nachmittag im Saale des Neuen Rathauses, den Herr Friedrich Ehrhardt mit Rezitationen und melodramatischen Vorträgen füllte, war kaum als Gewinn zu bezeichnen. Ehrhardt ist Vertreter einer veralteten Vortragskunst, die man heute nicht mehr recht ertragen kann. Eine allzu lodernde Begeisterung, große Gesten, langgezogene Vokale, plötzliche Rührungen, übertriebenes Hervorschmettern einzelner Worte. Immer eine Erinnerung an Opernhaftes. Im Melodramatischen ein bei aller Steigerung im Grunde doch einförmiger Rhythmus. Das zeigte sich besonders in dem abscheulichen Gedicht Wildenbruchs Jung Olaf, dessen falsche Romantik trotz der Musik von Max Schillings abstoßend bleibt. In seinem Element war Ehrhardt bei dem Vortrag Dantes; hier konnte sein großer Schwung in gewaltig fließende Verse und ungeheure Visionen einmünden und hier konnte er bisweilen auch Widerstrebende mit fortreißen. Daß in der Begeisterung Ehrhardts etwas Schönes liegt, diesem Eindruck wird sich niemand entziehen können, aber diese Begeisterung äußert sich in einer Art, die mit einer sachlicheren Weltbetrachtung unverträglich ist. E. J.

Kleines Theater. Moderne Lustspiele zweier Verfasser sind in der Regel kein Literaturwert, sondern allein eine Literaturware. Die einzige Frage, die man an sie richten darf, ist die, ob sie einige Stunden unterhalten und der Theaterleitung ein volles Haus bringen können. Nach der freundlichen Aufnahme, die man am ersten Weihnachtsfeiertag der Reise in die Mädchenzeit der Herren Engel und Saßmann in dieser „reisefreudigen" Spielzeit bereitete, könnte man verführt werden, die Frage zu bejahen. Aber nachdem das Wohlwollen der Festtagsstimmung verflogen ist, dürfte diese neue „Reise" kaum von langer Dauer sein. Wer sich an die zahlreichen Schmarren erinnert, die in einer früheren Periode über die Elsterbühne gingen, wird feststellen, daß sie zwar um einige Stufen tiefer standen, aber doch meist viel kurzweiliger waren, als dieses im Grunde recht wenig lustige Lustspiel. Eine juristische Unmöglichkeit, vermischt mit Geplapper über die Ehe und Liebesgerede, das ist doch zu wenig, um wirklich amüsieren zu können. Wo sollen denn die Schauspieler die gute Laune hernehmen, wenn es weder Menschen noch Karikaturen von Menschen darzustellen gibt? W. Reuschle sollte man lieber nicht in das Lustspiel hineinlassen, dieser junge Ehegatte war doch allzu steif und herb. Cläre Harten bemühte sich eifrig um die Rolle der launischen, vom Eheparadies enttäuschten Frau, doch blieb gerade die Anstrengung zu deutlich sichtbar. A. Martens war die spaßhafte Kopie einer bekannten Operettenfigur. Ueber das muntere und energische Frauchen Nora Nikischs durfte man sich wieder freuen. Das gelungenste war wohl Keßlers lispelnder, ewig-junger Vater-Baron; wer zwingt einen denn, daran zu denken, daß so etwas in Leipzig schon einmal besser gespielt worden ist? E. J.

Zweckverband der Studierenden der Zeitungskunde. Als einer der ersten Dozenten erkannte Geheimrat Prof. Karl Bücher die Notwendigkeit, dem Journalisten eine Stätte zu planmäßigem Studium auf der Universität zu schaffen, ohne jedoch dabei diesen freiesten aller Berufe irgendwie durch ein Examen bureaukratisieren zu wollen. Nach seiner Emeritierung widmete K. Bücher sich ganz dieser Aufgabe; so gelang es ihm, 1915 das Institut für Zeitungskunde an der Universität Leipzig zu begründen und bald danach bei der philosophischen Fakultät die Anerkennung der Zeitungskunde als Prüfungsfach zum Dr. phil. zu erreichen. Seinem Beispiel sind bald eine Reihe weiterer Universitäten gefolgt (Berlin, Münster, Köln), und gerade die Tagespresse hat freudig diese Idee aufgenommen. Die Mitglieder des Leipziger Instituts haben nun vor einigen Tagen einen Zweckverband begründet, der einmal die Interessen der Studierenden vertreten soll (analog dem Beispiel der Zweckverbände der Staatswissenschaftler und der Mediziner), doch sodann auch durch Besichtigungen von Betrieben aller Art und durch Vorträge von bewährten Praktikern aller Richtungen Berufs- und Standesprobleme beleuchten lassen will, um so auch einen Konnex zwischen Wissenschaft und Praxis herzustellen. Den Vorsitz führt für das Winter-Semester cand. germ. Harald Feddersen, Leipzig, Lindenstr. 20. Den 1. Vortrag hielt der Herr Schriftleiter Hans Natonek über Kritik und Charakter. a. o. S.

Städtische Theater. Am Sonntag, dem 1. Januar, wird im Alten Theater nach längerer Pause Gustav Freytags Lustspiel Die Journalisten wieder aufgeführt. Anfang 7½ Uhr.

Der Kunstverlag Hans Mehlhose hat im Dresdner Hof, Neumarkt 21—27, Zimmer 73, seine erste Ausstellung Graphischer Originale aufgemacht, die bis zum 31. Dezember geöffnet bleibt. Unter andern sind die Leipziger Künstler Fritz Mehnert, Klinga, A. Michaelis, Leipzig, O. L. Olberts, Leipzig, Max Zschoch, Leipzig, vertreten.

Einen Kunstabend zugunsten Sowjetrußlands veranstalten am 2. Januar, abends ½8 Uhr, die Proletarische Tribüne, Leipzig, und das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland (Westsachsen) im Palmengarten. Die Mitwirkung Karl August Wittsogels (einleitende Worte), Hans Zeise-Gütts und Lina Carstens (Rezitationen) und Michael Rosserts (Musikalisches) bietet Gewähr, einen Kunstabend im Sine des Wortes zu erleben. Es wird ein Eintrittsgeld von 3 Mk. erhoben. Der Reinertrag fließt den Hungernden in Rußland zu. Karten sind zu haben in der Geschäftsstelle des ABJ., Braustraße, sowie in den Volkszeitungsfilialen, durch die Proletarische Tribüne und in der Bücherstube, Schützenstraße.

Der Abend beginnt pünktlich ½8 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211228/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

keit des aus den Revolutionswahlen von 1918 hervorgegangenen Gemeinderates zu Ende. Nicht alle Aufgaben, die zu erfüllen sich die USP.-Mehrheit vorgenommen hatte, konnten durchgeführt werden. Die Verhältnisse waren oft stärker als der Wille, sie zu meistern. Uns erfüllt es aber mit Stolz, trotz Finanznot und anderen Widerwärtigkeiten, ein großes Stück sozialistische Arbeit geleistet und viel nachgeholt zu haben, was bürgerliche Cliquenwirtschaft früher versäumt hatte. Setzen wir alle, die wir nun bald Leipziger Einwohner sind, auch unter den neuen Verhältnissen unsere ganze Kraft ein zur Erringung des Sozialismus. Kr.

Althen. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ist einem unserer Genossen von Dieben der Stall erbrochen und daraus 4 Gänse, die er unter großen finanziellen Opfern großgezogen hat, gestohlen worden.

Zweenfurth b. Borsdorf. Die Gemeindevertreterwahl ist vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt worden, weil der Gemeindevorstand versäumt hatte, die Listenverbindung öffentlich bekanntzugeben. In Ballendorf und Schaddel ist die Wahl ebenfalls nochmals ausgeschrieben worden, weil dort überhaupt keine Liste eingereicht worden ist.

Anträge zum Leipziger Parteitag.

c) **Einigungsfrage.**

18. Bezirksverband Berlin-Brandenburg: Der Parteitag erkennt die idealen Beweggründe an, die in den Bestrebungen liegen, die politischen Parteien des Proletariats zu einigen. Auch die praktische Bedeutung einer geeinigten proletarischen Partei ist außerordentlich groß, da den Gegnern der Arbeiterinteressen die geschlossene Front der klassenbewußten Arbeiterschaft gegenübertreten kann. Um aber Erfolge in einem solchen Kampf zu erzielen, bleibt die äußere Form der Einigkeit wirkungslos, wenn über die Grundsätze und Taktik innere Gegensätze vorhanden sind. Ja, es steht zu befürchten, daß eine in bester Absicht voreilig zusammengeeinigte Partei dadurch vollkommen aktionslos wird, daß die inneren Gegensätze bei jeder neuen politischen Frage in Erscheinung treten und zu heftigen inneren Kämpfen führen. Bevor daher zwischen den zur Zeit bestehenden drei sozialistischen Parteien eine Einigung herbeigeführt werden darf, muß ein klares Bekenntnis ihrer Anhänger vorliegen, daß sie sich nur als Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ansehen, deren Interessen den Interessen der bürgerlichen Schichten gegenüberstehen. Zwischen diesen Interessen kann es kein Ueberbrücken und kein Ausweichen geben, deshalb muß die Partei, die zur Einheit mit der USPD. als reif angesehen werden will, erklären, daß für sie eine Koalition mit den Vertretern der bürgerlichen Schichten ausgeschlossen ist. Ebenso muß die Einigung die Voraussetzung haben, daß die höchste Gewalt der Partei in den Händen der Mitglieder selbst liegt. Nur durch tätiges Mitraten und Mittaten jedes einzelnen Mitgliedes, nur durch die Unantastbarkeit des Rechtes der Selbstbestimmung kann eine proletarische Partei die gesunden Voraussetzungen für siegreiche Kämpfe entfalten.

19. **Elbing:** Die Elbinger Genossen sprechen dem Zentralkomitee ihr Vertrauen aus und wünschen, daß der Parteitag das gleiche tut. Sie erwarten, daß das Zentralkomitee auch in Zukunft die Vereinigung aller sozialistischen Parteien zu einer Partei fördert. Vereinigungen mit einer oder der andern Richtung dürfen nur auf prinzipieller Grundlage, nicht aus taktischen Erwägungen erfolgen. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um Rechtssozialisten oder Kommunisten handelt. Diese Wahrung der Selbständigkeit der USP. soll natürlich nicht ausschließen, zu beiden Richtungen ein kameradschaftliches Verhältnis anzubahnen und Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form auszutragen. Eine Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien ist abzulehnen.

20. Kiel: Alle Einigungsbestrebungen, die sich nicht auf der Grundlage des Leipziger Aktionsprogrammes bewegen, sind strikte abzulehnen. Die Zentrale wird verpflichtet, bei dem Einsetzen derartiger Bestrebungen sofort durch Wort und Schrift klare Richtlinien herauszugeben, damit eventl. Verwirrungen vermieden werden.

21. Insterburg: Mehr denn je sich mit der Frage der Einigung zu befassen, um dem langersehnten Ziel der Arbeitermassen gerecht zu werden.

Zum Organisations- und Kassenbericht.

a) **Beiträge und Presse.**

22. Zentralkomitee: Nach evtl. Annahme des neuen Organisationsstatuts muß der Parteitag die Höhe der Anteile an den Beiträgen für die Zentrale bestimmen. Dazu beantragt das Zentralkomitee: Vom 1. April 1922 an sind an das Zentralkomitte 20 Prozent der im Bezirk erhobenen Beiträge abzuführen.

23. Göppingen: Der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder beträgt 2 Mk., für weibliche Mitglieder 1 Mk.

24. Wolgast: Der Beitrag wird stufenweise nach den Verhältnissen der Groß-, Mittel- und Kleinorte festgelegt.

25. Zeitz: Die Beiträge sind wie folgt zu regeln: Der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder soll 1 Mk. und der weibliche Beitrag 50 Pfg. betragen.

26. Oldenburg: Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen, die die Frage der obligatorischen Lieferung der Parteipresse an sämtliche Mitglieder bei entsprechender Erhöhung der Beiträge prüft und geeignete Vorschläge hierfür noch dem jetzt tagenden Parteitage zur Beschlußfassung unterbreitet.

27. Zeitz: Angesichts der Notlage der Presse beschließt der Parteitag die Schaffung eines Pressefonds durch Sammellisten oder einer Pressemarke. Die Verwaltung liegt in den Händen des Zentralkomitees.

28. Niederschlesien: Die Parteimitglieder sind verpflichtet, pro Quartal einen Extrabeitrag in Höhe von einer Mark zu leisten. Die Unterbezirke führen diesen Beitrag restlos an den Bezirk und dieser an die Zentrale ab. Die Zentrale bildet einen Fonds. Der Fond steht schwachen Bezirken zur Verfügung. Die betreffenden Bezirke sind verpflichtet, unverzüglich besoldete Kräfte anzustellen.

29. Mainz: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Presse der USPD. den Bruderparteien gegenüber eine mildere Haltung einnehme, die reaktionären Parteien aber mit dem ihnen gebührenden Maße, mit Wahrheit und Sachlichkeit uns Parteigenossen zu beleuchten.

b) **Allgemeine Agitation.**

30. Gelsenkirchen: Der Parteitag wolle sein besonderes Augenmerk auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet als das wirtschaftliche Herz Deutschlands richten. Darum wolle der Parteitag das Zentralkomitee der Partei beauftragen, den jeweiligen organisatorischen und agitatorischen Notwendigkeiten dieses Gebietes besonders entgegenzukommen.

31. Insterburg: Schärfsten Kampf der bestehenden Klassenjustiz.

c) **Bildungsbestrebungen.**

32. Berlin B.: Bei dem Bedarf an haupt- und nebenamtlichen Funktionären, Sekretären, Redakteuren und politischen Leitern der Ortsgruppen zeigt sich in immer größerem Maße ein Mangel an gründlich durchgebildetem Nachwuchs jüngerer Kräfte. Das Heranbilden eines entsprechenden Nachwuchses ist aber für die weitere Entwicklung der Partei wie der Arbeiterbewegung überhaupt, von so entscheidender Bedeutung, daß die Lösung der Frage nicht den einzelnen Ortsgruppen überlassen bleiben kann, sondern von der Gesamtpartei zentral angestrebt werden muß. Daher beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee der Partei, der Frage der Bildungsarbeit eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als das bisher möglich war. Was im einzelnen an praktischen Maßnahmen zu treffen ist, erfährt natürlich seine Begrenzung durch die Finanzkraft der Partei. Trotzdem muß die Bildungsarbeit ganz energisch und in möglichst großem Umfange in Angriff genommen werden, wenn nicht der empfindlichste Mangel an geschulten Kräften politische Nachteile für die Partei und für die Arbeiterbewegung bringen soll. Es wäre zu prüfen, ob es finanziell möglich ist, in Berlin oder in einem anderen Orte, wo die nötigen Kräfte vorhanden sind, eine Parteischule wieder zu errichten. Sollte das nicht möglich sein, so ist zumindest zu prüfen, ob nicht durch Zusammenfassung zu mehrwöchigen Arbeitsgemeinschaften für Sekretäre und Redakteure entscheidende Anregungen für das Selbststudium dieser Funktionäre und die Wege dazu gegeben werden können. Bei aller Bildungsarbeit muß aber vor allen Dingen der größte Wert darauf gelegt werden, die Schäden der autoritativen Lehrmethode der Volksschule wieder auszugleichen, die mit ihrer einseitigen Ausbildung des mechanischen Gedächtnisses das kritische, logische und selbständige Denken unausgebildet gelassen hat. Dieser Fehler wird aber nicht behoben, wenn mit derselben autoritativen Methode akademische Vorträge gehalten werden, weil dadurch nur jene gefährliche Halbbildung entsteht, die mit der Kenntnis der Begriffe Geld, Ware, Mehrwert, Klassenkampf schon alle ökonomischen und geschichtlichen Entwicklungsmöglichkeiten überschauen zu können wähnt. Vielleicht läßt es sich unter Anspannung aller verfügbaren Kräfte ermöglichen, daß von der Partei durch die Herausgabe einer Zeitschrift für Bildungsarbeit nach dem vorbildlichen Muster der österreichischen Genossen für die Bildungsarbeit Richtlinien gegeben werden, die in den Ortsgruppen eine ersprießliche Bildungsarbeit nach richtigen Methoden gewährleisten. Es erfordert auch die geistige und technische Verfassung eines großen Teiles der Parteipresse, daß durch technische Anleitung das äußere Aussehen und die inhaltliche Gestaltung der Zeitungen verbessert und durch eine bessere Schulung der Redakteure die selbständige politische Stellungnahme zu entscheidenden Fragen angeregt wird. Es wird der Umstand anerkannt, daß die Bildungsarbeit eine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit ist. Es ist aber ebenso sicher, daß mit dem zunehmenden Einfluß der Arbeiterklasse auf die Besetzung politischer Stellen im Reich, Staat und Kommune ein immer größerer Mangel geschulter Kräfte in der Parteibewegung eintreten wird und daß es deshalb eine selbstverständliche Pflicht der Partei ist, dieser Erscheinung vorzubeugen, bevor sie die Arbeiterbewegung schädigende Nachteile bringt.

33. Lünen (bei Dortmund): Für jeden Bezirk eine Parteischule zu errichten.

34. Bremen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, nichts unversucht zu lassen, um die Schulung der Arbeiterschaft über ökonomische und weltpolitische Fragen zu fördern. Die Möglichkeit der Errichtung einer Parteischule soll dabei geprüft werden.

35. Gera. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Mittel und Wege zu suchen, die ökonomisch-politische Schulung des Proletariats nachdrücklich und planmäßig zu fördern.

36. Zeitz. Der Parteitag wolle beschließen, durch Schaffung einer Zentrale das Lichtbild und den Film in den Dienst der Propaganda für die Partei zu stellen.

d) **Jugendbewegung.**

37. Zeitz: Um die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder, als auch zur Propaganda für die Ziele der Soz. Proletarier-Jugend mehr wirken zu können, sind von der Partei mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

38. Hagen: Die USP. veranstaltet auf Kosten der Partei baldigst einen Lehrkursus für Jugendfunktionäre.

39. Berlin-Brandenburg: Antrag für Jugendschutz. Der Parteitag macht sich den Beschluß der Gewerkschaften betreffs Jugendschutz als Mindestforderung zu eigen und ersucht, in den Parlamenten, diese Jugendschutzbestimmungen gesetzlich niederzulegen. Bei etwaigen Aktionen der Partei sind diese Jugendschutzbestimmungen in den Bedingungen der Partei aufzunehmen.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion.

40. Berlin-Brandenburg: Anträge zum 9. November und 1. Mai: Der Parteitag möge beschließen: Unsere Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften sind verpflichtet, dahin zu wirken, daß der 1. Mai sowie der 9. November zu gesetzlichen Feiertagen gemacht werden.

41. Zeitz: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der 1. Mai und 9. November als gesetzliche Feiertage erklärt werden.

42. Crandorf bei Schwarzenberg: Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß der Ertrag der Reichseinkommensteuer zwischen Reich einerseits, Staat und Gemeinde anderseits, so zur Verteilung kommt, daß die Notlage der Gemeinde wenigstens zum Teil behoben werden kann.

43. Gelsenkirchen: Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion der USP. beauftragen, für baldige reichsgesetzliche Regelung folgender Forderungen einzutreten: 1. Jede staatliche wie kommunale Unterstützung privater Fürsorge-Wohlfahrtsvereine oder -anstalten ist reichsgesetzlich zu verbieten. 2. Die gesamten, im öffentlichen Fürsorge-Wohlfahrtswesen tätigen Beamten und Beamtinnen werden kostenlos in staatlichen Schulanstalten vor- und ausgebildet. Als Aufnahmebedingung genügt neben der persönlichen Eignung Volksschulbildung. 3. Das gesamte Fürsorge-Wohlfahrtswesen ist reichsgesetzlich zu regeln, besonders ist auf baldige Verabschiedung eines Reichs-Armen- bzw. -Wohlfahrtsgesetzes hinzuwirken. Weiter wolle der Parteitag beschließen: Zur besseren Ueberwindung des dilettantischen privaten Fürsorgewesens, ferner zur besseren Durchbildung und zur Schulung des Nachwuchses unserer im öffentlichen Fürsorgewesen tätigen Genossinnen und Genossen, wird die Schaffung einer Reichsfürsorge-Zentrale der USPD. in die Wege geleitet.

44. Köln: Die Reichstagsfraktion hat bei der Beratung des Etats zum Alters- und Invaliditätsgesetz einen Antrag einzubringen, nach dem die Altersgrenze von 65 Jahren auf 60 Jahre reduziert wird.

45. Dortmund: Der Parteitag verlangt angesichts der drückenden Lebensmittelnot und der dadurch hervorgerufenen Unterernährung der Massen ein Verbot jeglicher Verwendung notwendiger Lebensmittel (wie Gerste, Kartoffeln, Obst, Zucker) zur Herstellung alkoholischer Getränke. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit aller Kraft auf dieses Verbot hinzuarbeiten. Der Parteitag fordert die Redaktionen und Organisationen auf, in stärkerem Maße als bisher Aufklärung über die jetzt wieder wachsende Alkoholgefahr zu verbreiten.

46. Berlin-Brandenburg: Anträge gegen den Alkohol. Der Parteitag verlangt angesichts der drückenden Lebensmittelnot und der dadurch hervorgerufenen Unterernährung der Massen ein Verbot jeglicher Verwendung notwendiger Lebensmittel (wie Gerste, Kartoffeln, Obst, Zucker) zur Herstellung alkoholischer Getränke. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit aller Kraft auf dieses Verbot hinzuarbeiten.

47. Insterburg: Anträgen im Reichs- sowie im Landtage nur dann zuzustimmen, wenn es sich um Besserstellung des Proletariats handelt.

Zum Bericht der Programmkommission.

48. Gelsenkirchen: Der Parteitag wolle im neuen Programm der Partei, welches sich unbedingt an den grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms anzulehnen hat, besonders die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in bezug auf das Finanzwesen berücksichtigen.

49. Stuttgart: Der Parteitag wolle beschließen, daß die bei der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien aufgestellten Leitsätze über „Imperialismus und soziale Revolution", über „Methoden und Organisation des Klassenkampfes" zur Grundlage einer genaueren Formulierung der strittigen Begriffe des Aktionsprogramms (Diktatur des Proletariats) gemacht werde.

50. Insterburg: Das Leipziger Aktionsprogramm beizubehalten.

51. Niederschlesien (Bezirksparteitag): Der Parteitag muß ein Bekenntnis ablegen zum Leipziger Aktionsprogramm und zu den Beschlüssen von Halle.

52. Gelsenkirchen: Der Parteitag wolle im neuen Programme den Standpunkt der USPD. zur Rätefrage klar präzisieren. Besonders wolle der Parteitag im Programm festlegen, daß die Beteiligung der USPD. an Parlamentswahlen und die Tätigkeit der Parteivertreter in den Parlamenten vornehmlich dem Zweck dient, die Erringung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse zu beschleunigen.

52a. Elbing: Die Mitgliederversammlung der USPD. Elbings erklärt zu den Agrarprogramm-Entwürfen der Genossen Marchionini und Grumach: Beide Programmentwürfe sind insofern gut, als sie die Aufteilung des Großgrundbesitzes ablehnen. Beide Entwürfe aber sind auch mangelhaft, weil sie nicht sagen, ob die Sozialisierung des Großgrundbesitzes gegen eine Entschädigung erfolgen soll und an der Frage der Gutsbezirke und der neuen Kreiseinteilung ganz vorübergehen, sowie die Verwaltung des sozialisierten Großgrundbesitzes nur oberflächlich behandeln. Die USP. Elbings ist der Meinung, daß die Großagrarier durch den heutigen Wucher die Bezahlung für ihre Güter vorweggenommen haben und daß daher nur eine entschädigungslose Enteignung in Fragkommen kann. Eine Entschädigung ist nur zu gewähren, wo ganz besondere persönliche Verhältnisse (Notlage des bisherigen Besitzers oder der Hypothekengläubiger) dies als gerechtfertigt erscheinen lassen. Diese Auffassung wird durch die geschichtliche Entstehung des Großgrundbesitzes, der zum größeren Teil auf direkten Raub von Staats- und bäuerlichem Eigentum beruht, gestützt. Die Elbinger Genossen sind der Meinung, daß der Staat Eigentümer des enteigneten Landes werden und die Gemeinden und Kreise mit der Verwaltung beauftragen muß. Das schließt Bewirtschaftung durch ausgebildete Landwirte nicht aus. Die Gutsbezirke werden restlos aufgehoben. Soweit sie lebensfähige Gemeinden abgeben, erfolgt ihre Umwandlung in Landgemeinden. Im andern Falle werden sie an Landgemeinden oder Städte angegliedert. Gleichzeitig erfolgt eine Neueinteilung der Landkreise. Die landwirtschaftliche Ausnutzung des enteigneten Großgrundbesitzes wird in den Kreisen beschlossen. Die Gemeinde übernimmt die Ausführung. Die Ueberschüsse der Produkte werden an die Kreise abgeliefert und von diesen nach Meldung und Anordnung der Regierungspräsidenten dorthin weitergeleitet, wo sie gebraucht werden. Die von Grumach vorgeschlagene Einteilung der Güter nach der Grenze ihrer zweckmäßigsten Bewirtschaftung begrüßen die Elbinger Genossen. Es muß aber im Programm klipp und klar zum Ausdruck kommen, daß Eigenkätner, Kleinbauern und Häusler nicht die Enteignung ihres für die Produktion doch nur wenig ins Gewicht fallenden Eigentums zu fürchten haben.

Zur Finanz- und Steuerpolitik.

53. Köln: Die gegenwärtigen Zustände auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erheischen mit zwingender Notwendigkeit ein klares, grundsätzliches Bekenntnis des Parteitags zur Klassenkampfidee und -taktik, als ausschlaggebende Faktoren in der Forcierung der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus. Gemäß dieser — unsrer grundsätzlichen Auffassung — fordern wir vom Parteitag eine unzweideutige Stellungnahme zu den Steuerfragen. Als brennendste Aufgabe der Gegenwart fordern wir die Ablehnung aller indirekten und Verbrauchssteuern, deren Abwälzung auf die Konsumenten immer krasser in die Erscheinung tritt; und nichts unversucht zu lassen, was geeignet erscheint, die Regierung mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu zwingen, endlich einmal mit der Sozialisierung aller dazu reifen Betriebe Ernst zu machen, sowie die Erfassung der Gold- und Sachwerte unverzüglich in die Wege zu leiten.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnunglück in Bayern.

München, 28. Dezember. Am zweiten Weihnachtsfeiertage stieß der **München-Wiener Schnellzug** in der Nähe der bayrischen Grenze **mit einem zurückrollenden losgerissenen Teile eines Holzzuges zusammen.** Die Lokomotive und der Schlafwagen des Schnellzuges wurden erheblich beschädigt. **Mehrere Reisende wurden verletzt.**

Riesenbrände.

Paris, 28. Dezember. Aus London wird gemeldet: In den **Werftanlagen von Plymouth** ist in den späten Nachmittagsstunden ein **Großfeuer** ausgebrochen, das nach den bisher vorliegenden Meldungen für mehrere Millionen Pfund Schaden angerichtet haben soll.

Bukarest, 27. Dezember. Der **Nordbahnhof** ist gestern **zur Hälfte abgebrannt.** Der Schaden wird auf zehn Millionen Lei geschätzt. Mehrere Personen wurden verletzt. Der Brand ist wahrscheinlich durch Kurzschluß verursacht worden. Der Zugverkehr ist normal.

Versammlungskalender.

Mittwoch, den 28. Dezember.

Transportarbeiter-Delegierte, Volkshaus 7 Uhr.
Feuerbestattungskasse prol. Freidenker, Volkshaus 7 Uhr.
T.-V. Eiche, techn. Funktionäre, Marienhof 6 Uhr.

Donnerstag, den 29. Dezember.

Handelsarbeiter, Groß- und Einzelhandel, Pantheon 7 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Mehl - Werner Floßplatz 5 Albertstr. 62 **Elite** Weizen-Mehl „ -Grieß Vom besten das Beste!

Amtliche Bekanntmachungen.

2000 Mark Belohnung.

Gestohlen worden ist in der Zeit zwischen dem 20. und dem 23. Dezember 1921 aus einem Vorsaale in der Lortzingstraße

ein schwarzer Gehpelz mit Bisamfutter, dunkelbraunem Otterschalkragen, zweireihig, mit 6 stoffüberzogenen Knöpfen und je einem gleichen Knopf an den Aermeln, Schnurschlingen und gelben und dunkelbraunen Samttaschen.

Der Geschädigte hat auf Wiedererlangung des gestohlenen Pelzes eine Belohnung von 2000 Mk. ausgesetzt, deren Verteilung durch das Polizeiamt unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgen soll. Sachdienliche Beobachtungen teile man sofort der Kriminalabteilung zu Kr.-N. XIII. 2944/21 mit.

Leipzig, den 27. Dezember 1921.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Fahrplanänderung.

Vom 29. Dezbr. 1921 an fallen wegen Kohlenmangels bis auf weiteres folgende Personenzüge aus:

P. 523 Halle ab 12^{53} — Leipzig Hbf. an 2^{01}
„ 442 Leipzig Hbf. ab 11^{15} — Halle an 12^{32}
„ 403 Leipzig Hbf. ab 8[illegible] — Zerbst an 10[illegible] (Magdeb.)
„ 404 (Magdeb.) Zerbst ab 11[illegible] — Leipzig Hbf. an 1[illegible]
„ 725 Leipzig Hbf. ab 8[illegible] — Eilenburg an 9[illegible]
„ 724 Eilenburg ab 9^{32} — Leipzig Hbf. an 10[illegible]

Halle (Saale), im Dezember 1921.

Eisenbahndirektion.

Fernsprechgebührenerhöhung betreffend.

Nachdem die Aenderung der in den §§ 3, 4 und 8 des Fernsprechgebührengesetzes vom 11. Juli 1921 bestimmten Gebührensätze vom Reichstag mit Zustimmung des Reichsrats angenommen worden ist, tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab eine Erhöhung der jetzigen Gebührensätze um 80 v. H. ein. Jeder Fernsprechteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß oder damit verbundene Nebenstellen bis zum 30. Dezember 1921 auf den 31. Dezember zu kündigen. Das gleiche Recht haben die Inhaber von Nebentelegraphen und von besonderen Telegraphen. Die Erhöhung um 80 v. H. betrifft auch alle übrigen durch die Fernsprechordnung festgesetzten Gebühren und sonstigen Beträge.

Anträge der Fernsprechteilnehmer beim Ortsfernsprechamt Leipzig auf Kündigung ihrer Fernsprechanschlüsse usw. sind schriftlich an das Fernsprechamt Leipzig zu richten. Nach dem 30. Dezember 1921 einlaufenden Kündigungsanträgen kann grundsätzlich nicht stattgegeben werden.

Leipzig, am 23. Dezember 1921.

Ober-Postdirektion.

Sparkasse Gautzsch

Des Kontenabschlusses wegen vom **15.—31. Dezember 1921 geschlossen.**

Sparkasse Borsdorf. Tägl. Verzinsung 3½ Prozent. Teleph. Nr. 10. Geschäftsstelle im Gemeindeamt in der Schule. Geschäftszeit wochentags 8—2 Uhr. Postscheckkonto [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211228/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Seit einem halben Jahrhundert sind Knorr Hafer- und Reismehl der beste Zusatz zur Säuglingsmilch. Verlangen Sie **Knorr Hafermehl u. Reismehl**

Wo man hinsieht u. hintauft, **MÖBEL** sind fast ausverkauft. Preise steigen Tag für Tag. Daß es eine wahre Plag! — Willst Du kaufen noch reell, Wende Dich an diese Stell': **Wilh. Nebling, Tischlerm.** Bayersche Straße 32.

Alle Sorten **Korbwaren**
Korbmöbel, Reisekörbe, Coupékoffer, Wäschekörbe, Stubenwagen, Transportkörbe, Waschgefäße, Arbeitskörbe, Spankörbe
G. Weißflog Markt 3 Kochs Hof Tel. 17023. Gegr. 1849.

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. **Expedition** d. Leips. Volkszeitg. zu richten

Soeben erschienen:
KARL BREMER
Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie u. die K. P. D.
INHALT: I. Die Bilanz der drei Jahre / II. Der Ausweg / III. Die Angst vor dem Staatskapitalismus / IV. Die Arbeiterregierung und die K. P. D. / V. Die Sozialdemokratie am Scheidewege / VI. Die nächsten Aufgaben.
36 Seiten — Preis Mk. 2.—
Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Deutscher Verkehrsbund
Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Freitag, den 30. Dezember 1921, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Zeitzer Straße
Straßenbahner-Vollversammlung
Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zum Abschluß eines Manteltarifs für Straßenbahner in Gemeinderegiebetrieben. — 2. Bericht über unsere Lohnbewegung. — 3. Verschiedenes.
Zutritt haben alle im Straßenbahnbetrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Als Ausweis dient die Freifahrtkarte. Die Sektionsleitung.

Festolin macht Stiefelsohlen wasserdicht und 3 mal haltbarer. In einschlägigen Geschäften erhältlich. Fabrik Färbolwerk A. G., Düsseldorf.

Bitte täglich meine Schaufenster mit billigen
Pelzmäntel-Preisangaben
zu beachten!
Carl Emil Ahlemann
Leipzig, Thomasgasse 11

Geyers Billige Lebensmittel

Ia Blockschmalz	Pfd.	25.50
Prima Speisefett	Pfd.	23.50
Schinkenfett	Pfd.	28.00
Tafelmargarine	Pfd.	20.00
Geräucherter Speck	Pfd.	26.00
Tafel-Vollreis	Pfd.	6.00
Tafel-Vollreis	10 Pfd	57.00
Ia Pflaumenmus	Pfd.	7.50

Schönefeld, Paul-Heyse-Strasse 30
Neust., Ecke Wissmann- u. Neust. Str.
Kleinzschocher, Wigandstrasse 48

ff. Leder-Ausschnitt
empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20—26.

Gummi-Klose Spezial-Haus für modernen sanitären Bedarf **Leipzig** Hainstraße 17/19

Familien-Nachrichten

Infolge eines Unglücksfalles verstarb nach kurzem Krankenlager am 24. d. Mts. mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Tischler
August Walter
im 70. Lebensjahre.
L.-Möckern, Mecklenburgstr. 10, II.
Die trauernden Hinterbliebenen
Emma verw. Walter und Angehörige.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme in Wort, Schrift, Geldspende, Blumenschmuck und das letzte Geleit beim Heimgange meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, Herrn **Franz Louis Nünchel** sagen wir unseren herzlichsten Dank. Ganz besonderen Dank seiner werten Firma Rud. Sack sowie seinen Arbeitskollegen für das letzte ehrende Geleit. Auch herzlichen Dank Herrn Mayer von den proletarischen Freidenkern für die trostreichen Worte am Grabe. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan.
L.-Kleinzschocher, den 23. Dezember 1921.
Die trauernde Gattin Klara Nünchel nebst Tochter und allen Hinterbliebenen.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Tüchtiger
Offset-Maschinenmeister
der mit Rotary-Anlegeapparat genau Bescheid weiß, zum möglichst sofortigen Antritt gesucht
Papierwarenfabrik Otto Küttner, Leipzig
Brandenburger Str. 16b. — Abteil. Steindruckerei.

Lumpensortiererin
für sofort gesucht
Barthel, Connewitz, Biedermannstr. 21.

Tüchtige Metalldrücker
bei 15 ℳ Stundenlohn sof. ges.
Hamburger Bronzewaren-Fabrik von W. Fähndrich
Hamb., Neustädter Str. 27/29.

Wagensattler
mit Erfahrung im Karosseriebau sofort für dauernd gesucht
August Zschau Leipzig.

Geübte Bodenbeutelkleberinnen finden bei hoh. Lohn dauernd Heimarbeit. Zu meld. L.-Lt., Merseburger Str. 115. II. r.

Kräft. Frau od. ält. Mädchen z. Milchausfahren sofort ges. Gohliser Str. 63, Milchgeschäft.

Zwei Mädchen für Landwirtschaft
zum 1./1. 22 gesucht
Lindenthal, Hauptstr. 9.

Aufwartg. ges. Südstr. 90, p. r. Vorstellen nachm. 3—4 Uhr.

Verkäufe

Gratis
können Sie meine **auffallend billigen** neuen und getragenen
Anzüge
Ulster
besichtigen.
Hosen
Militär-, gestreifte, schwarze, Pilot-, Manchester- und alle Arbeiterhosen
spottbillig.
Joppen und sämtliche **Schuhwaren** staunend billig beim billigen
KANNER
Eisenbahnstr. 5
Habe keine Filiale.
L.-LINDENAU
Henricistraße 4
ist der billige Laden f. Damen- u. Herren-Bekleidung.

Ganz besondere **Gelegenheitskäufe**
Kleiderstoff-Reste, Damen- u. Herrenhemden, Bett-Bezüge und Inletts, Handtücher extra billig, Damen-Blusen u. -Kleider
Windmühlenstraße 31
WEIGLER.

Brillanten
Perlen, Platin, Gold- und Silberwaren kauft
Zeißig & Pflug, Petersstraße 44
Goldwarengeschäft, Passage.

Alt-Gold, Alt-Silber
Platin, Uhren, Ketten, Ringe
Leihhausscheine kauft
Max Israel, Uhrm.
Promenadenstr. 5, Ld. Am Fleischerplatz.

Ziegen Hasen Kanin
sowie sämtliche anderen rohen Felle kaufen ständig
J. & J. Wagner
Brühl 21, Tel. 9980

Kupfer, Rotguss
Messing, Blei, Zink, Zinn, Schafwolle, Felle sowie sämtliche Rohprodukte kauft laufend
Hecht, Leibnizstr. 7. Tel. 17175.
Bei größeren Quantitäten komme nach auswärts.

Kaufe sämtliche Metalle
sowie
Lumpen, Zeitungen, Bücher, Akten
(auch von Händlern)
Paul Müller, Seeburgstr. 22. Tel. 5769.

Kaufgesuche

Kaufe Herren-Garderobe, Militär-Sachen. Gehrock-Anzüge, Betten, Bett- u. Leibw., Leihhausch., Militär-Stiefel und Schuhe. Klint, Ranstische Gasse 6, pt. Straßenbahn b. Battenberg.

Federb., Leihhausch., Nähm. kauft Kappe, Nürnb. Str 11.

Def. Sofas, Bettst. u. M. kauft Körnerstr. 16, 3 r., Werkst.

Felle aller Art
v. Händler u. Priv. kft. stets Heilczer, Ranstädt. Steinweg 11, Hintergebäude. Teleph. 1312.

Felle kauft Rosenzweig
Hallische Straße 12.

Trotz der Geldentwertung kaufen Sie **gut u. billig**
Schuhwaren
aller Art, gediegene Qualit. in der Schuhetage S. Kaufmann, Kleine Fleischergasse 16. Besonders günstige Bezugsquelle für Händler und
Wiederverkäufer!

333 Stück
Gehröcke ab 135.–
Frack ab 125.–
Cutaway ab 120.–
wenig getragen, feinste Friedensstoffe
Schlüpfer, Ulster, Anzüge, Hosen, Jacketts, Westen
neu u. getr. verkauft
Windmühlenst. 33
Wadewitz I. Etage
Kein Laden

Ausschneiden!
Anzüge
Paletots, Schlüpfer, Cutaway, Gehrock spottbillig, bar und
Teilzahlung!
Martin Hahn
Johannisplatz 8
(hinter d. Kirche) und Demmeringstr. 72, II. l. u. Lange Str. 10, I.

Hemden für Herren 25.– für Damen 30.– für Kinder 12.–
Barchent-Bettuch 32.–
Hand- u. Wischtuch 6.–
Bettbezüge, Linon, Damast, Stangenlein., Hemdenbarch., Hemdentuch, Nessel, Inletts
Kohlgartenstraße 29, I. lks.

Nähmasch., gut nähend, verk. Kappe, Nürnberger Str. 11.

Außerordentlich billig und gut
kaufen Sie noch jetzt Ihre sämtlichen **Unterzeuge, Socken, Strümpfe, Handschuhe.** — Einige Beispiele meiner Preiswürdigkeit folgen:

Herren-Hemden Mako imitiert	42.50	Herren-Socken starke Qualität	4.25
Herren-Hemden	48.50	Schweiss-Socken weiche	6.50
Normal-Hemden starkfädig	68.50	Herren-Socken sehr haltbar	8.75
Strick-Westen in grosser Auswahl		Damen-Jacketts in allen Farben	125.00
Strick-Wolle in allen Farben	8.25	Knaben-Sweaters besonders billig	
Damen-Schlupfhosen marine	28.50	Wollgemischte Hemden und Hosen	

C. Theodor Müller
Inhaber **Felix Müller**
Windmühlenstraße 42 Petersstr. 9

Gehrockanzüge u. andere Herrengard. kauft Johannisplatz 8 (hinter der Kirche) u. Demmeringstraße 72, II. l.

Fr. Jawor
Tauchaer Straße 20
Ich kaufe:
Herrengarderobe, Federbett., Leihhausscheine, Wäsche aller Art, Militärsachen, Röcke, Mäntel, Hosen usw. usw.

Gold- Bruch, Ketten, Uhren, Ringe
Silber Bruch, Bestecke, Etuis
Brillanten :: Perlen, Platin usw. kauft
Robert Nordmann
Ia Salzgäßchen Ecke Markt / Laden Ia

Nähmasch. kft. Kappe, Nürnberger Str. 11. T. 1321. Abnst.

H.- u. D.- od. Mdch.-Rad kauft Kohlgartstr. 44, II. Tel. 61734

Klappw., eil. Kinderb. m. Pr. kauft Lt., Demmeringst. 80, II. r.

1 bis 2 100-Kilo-Benzin-Transportfässer zu kaufen gesucht **Fr. Fischer**, Reudnitz, Hohenzollernstr. 11.

Ankfg. f. Briefmarkensamml., a. m. alt. def. Mark. a. Priv. Off. u. A. 19, Fil. Elisabethst. 19.

Kaufe jeden Posten
Kanarienhähne
zahle 235 Mk. bis 30. Jan.
P. H. Kirsten, Zoolog. Handlung, Zeitzer Straße 53.

Alle Arten rohe u. zugericht.
Felle
kauft v. Händl. und Privat.
Rubel, Katharinenstr 17. III.
Tel. 5119. Fahrstuhl

Kaufe rohe Felle aller Art.
Fain, Brühl 25, Hof links.

Kaninfelle
kaufen
Müller & Krause
Leipz., Reichsstr. 22, H. II.
Lindenau, Burgauenst. 12

Felle all. Art kauft
Krötzsch, Yorkstr. 12.

Hasen-Kanin-Ziegen-Felle
sowie alle sonstigen
Felle u. Häute
kauft
Georg Naumann
Berliner Strasse 12

Kaninfelle
kauft zu Tagespreisen
Baszinski, Lind., Markt 20.

Felle all. Art kauft
Reicher,
Hainstraße 20, II., Tel. 15690, u. Eisenbahnstr. 69 (Laden).

Vermischte Anzeigen

Ehrenerklärung!
Die von mir in öffentlichem Lokale weitergesprochene Beleidigung in bezug auf Familie Koniczka nehme ich hierm. zur. Friedrich Menzel, Belgershain.

Das Gerücht, das gegen Herrn Martin Koniczka verbreitet worden ist, beruht auf Unwahrheit.
Joseph Kühnel,
Gasthof zur Eiche, Belgershain

D. ält. Herr, welch. d. H.-Hutl. Nickau-Ausch. vert. hat ist erk. Daselbst abgeb., sonst Anzeige.

Neugeborenes Kind ist in Pflege zu geben. Off. L 66 Fil. Lind., Odermannstr. 1.

Brauner Bisamkragen von grm. Witwe auf d. Weg z. Arb. Dresdn. Str. bis Heinrichstr., Tunnel, verloren. Bitte ehrl. Find. geg. Belohn. herzl. um Rückg. R., Kapellenstr. 12, IV. l.

Steuerbüro Graf
Grimmaischer Steinweg 14
Sprechz. 3-5. Tel. 17484.

Leipzig. Leih-Institut für **Frack-, Gehrock-,** Smoking-Anzüge, Zylinderhüte
Belau, Albertstraße 29a, I.
Ecke Zeitzer Str., im Bankgeb.

Wohnungen

Möbliertes Zimmer im Osten zu mieten gesucht. Off. u. Z an Fil. Thonberg.

40jähriger Mann sucht Schlafstelle.
Off. V 200 Fil. Zeitzer Str. 32.

Ausländer (Student) sucht per 15. 1. 1922 möbliertes Zimmer. Elektr. Licht erw. Off. V 190 Fil. Zeitzer Str. 32.

1—2 leere Zimmer sucht junges Ehepaar für 1. Februar 1922. Off. unt. T. 16 Exped. d. Blatt.

Alleinstehend. Mädchen sucht sofort großes, leeres Zimmer. Off. unt. S. 15 Exped. d. Blatt.

Volksfreund
unabhängig-sozialistischer
Hauskalender
Enthält allerhand Wissenswertes und Unterhaltendes.
... Preis 3.00 Mark ...
Zu haben in der
Leipziger Buchdruckerei AG.
Die Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211228/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG